

Europa bei der Arbeit

Programm der dänischen
Ratspräsidentschaft der EU 2012

2012

1. Januar - 30. Juni 2012

eu2012.dk

DANISH PRESIDENCY OF THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION 2012

eu2012.dk

DANISH PRESIDENCY
OF THE COUNCIL OF THE
EUROPEAN UNION 2012

Inhalt

Einleitung	4
1. Ein verantwortungsvolles Europa	7
Eine verantwortungsvolle europäische Wirtschaft	7
Stärkere Finanzregulierung und Finanzaufsicht	9
Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU	9
2. Ein dynamisches Europa	11
Ein neu belebter Binnenmarkt	11
Ein wettbewerbsfähiger Binnenmarkt für Wissen	13
Nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung in der gesamten EU	14
Sicherung eines Arbeitsmarktes der Zukunft, der Gesundheit und eines Arbeitsmarktes, auf dem jeder gebraucht wird	14
Gemeinsame Handelspolitik mit Durchschlagskraft	16
3. Ein grünes Europa	17
Es besteht eine Verbindung zwischen grüner Entwicklung und Wachstum	17
Höhere Energieeffizienz und zukünftige Energie- und Klimapolitik	18
Ein Binnenmarkt für Energie	19
Eine zukünftige nachhaltige Agrar- und Fischereipolitik	19
Ein gut angebundenes Verkehrssystem und weniger Luftverschmutzung	20
Eine bessere Regulierung von Chemikalien	21
4. Ein sicheres Europa	22
Zusammenarbeit für mehr Sicherheit der Bürger	22
Eine gut gesteuerte Migrationspolitik in der EU	23
Lebensmittelsicherheit und Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren ..	24
Stärkung der Katastrophenschutzkapazitäten der Union	24
Fortgesetzte Erweiterung der EU und verstärkte Beziehungen zu Nachbarregionen ..	25
Starkes gemeinsames Handeln der EU	25
Ratsformationen	27
Allgemeine Angelegenheiten	27
Auswärtige Angelegenheiten	31
Wirtschaft und Finanzen	36
Wettbewerbsfähigkeit	41
Verkehr, Telekommunikation und Energie	45
Justiz und Inneres	49
Landwirtschaft und Fischerei	53
Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz	57
Umwelt	62
Bildung, Jugend, Kultur und Sport	66

2015

Einleitung

Die EU steht heute vor großen Herausforderungen, möglicherweise den größten Herausforderungen seit dem Beginn der europäischen Zusammenarbeit. Die wichtigste Aufgabe wird es sein, sicher aus der tiefen Krise hervorzugehen, in der sich die EU befindet, wirtschaftliche Stabilität zu sichern und die Grundlage für zukünftiges Wachstum und Beschäftigung zu legen. Gleichzeitig muss Europa eine Antwort auf neue grenzüberschreitende Themen finden, beispielsweise in Bezug auf das Klima, Energie, Umwelt und Sicherheit. Diese Herausforderungen kann Europa nur gemeinsam meistern.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird durch enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten, den EU-Institutionen, darunter die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, sowie den Trio-Partnern Polen und Zypern gezielt kooperieren, um die Impulse zu geben, die Europa benötigt. Die Ratspräsidentschaft möchte ein offener und glaubwürdiger Partner für alle Parteien sein. Die Ratspräsidentschaft wird den ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und die Hohe Vertreterin der Union für

Außenbeziehungen und Sicherheitspolitik in ihren Bemühungen unterstützen, europäische Interessen und Werte zu fördern.

Die dänische Ratspräsidentschaft setzt sich für eine starke europäische Wirtschaft, neu angeregtes Wachstum in der EU und eine stärkere EU ein, die eine wirksame Lösung für die Probleme findet, die europäische Bürger und Unternehmen täglich beschäftigen. Wir werden die EU vereinen und stärken, indem wir konkrete Ergebnisse liefern, die den Wert der europäischen Zusammenarbeit vor Augen führen. In diesem Sinne stehen *vier Schwerpunktbereiche* im Mittelpunkt der dänischen Ratspräsidentschaft:

1. Ein verantwortungsvolles Europa

Nachhaltiges Wachstum sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen setzen voraus, dass Europa sicher aus der Krise hervorgeht, indem es einer verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik nachgeht, zukunftsfähige Staatsfinanzen sicherstellt und die notwendigen Strukturreformen umsetzt. Am 9. Dezember 2011 wurde im Europäischen Rat eine Reihe wichtiger Entscheidungen für eine stärkere

Haushaltsdisziplin getroffen, um die wirtschaftliche Stabilität in Europa sicherzustellen. Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird daran gearbeitet werden, diese Entscheidungen umzusetzen, um im Rahmen der kurz- und langfristigen Anstrengungen zur Bekämpfung der Schuldenkrise eine Lösung für eine striktere Haushaltspolitik und mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erreichen. Ebenso wird eines der wichtigsten Ziele der dänischen Ratspräsidentschaft die konsequente Durchführung des ersten vollständigen Europäischen Semesters und die zu einem früheren Zeitpunkt beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung sein, unter anderem auf Grundlage der Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und einer neuen Form der Zusammenarbeit zur Bekämpfung wirtschaftlicher Ungleichgewichte und Festlegung gemeinsamer Anforderungen an Regeln für nationale Haushalte. Die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen des EU-Haushalts für den Zeitraum 2014-2020 wird eines der größten Einzelthemen der Ratspräsidentschaft sein. Der neue EU-Haushalt muss die aktuelle wirtschaftliche Situation widerspiegeln und sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen die EU etwas bewirken kann. Ziel wird es sein, die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen bis zum Ende des Jahres 2012 abzuschließen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird anstreben, den Verhandlungen Dynamik zu verleihen und damit die nötige Vorarbeit für die abschließenden Verhandlungen zu leisten.

2. Ein dynamisches Europa

Die Wiederkehr von Wachstum und mehr Beschäftigung in Europa muss sowohl kurz- als auch langfristig gesichert werden. Der Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler der Zusammenarbeit in der EU, der Europa in den vergangenen zwei Jahrzehnten zusammengeschweißt und zu mehr Wachstum und Wohlstand verholfen hat. Mehr als je zuvor benötigen wir einen nachhaltigen Binnenmarkt, der Arbeitsplätze, Stabilität und Wohlstand für die Bürger und Unternehmen in der EU schafft. Wachstum in Europa setzt voraus, dass der Binnenmarkt so weiterentwickelt wird, dass sowohl Bürger als auch Unternehmen profitieren, und es erfordert außerdem die Stärkung der Bildung, Forschung und Innovation, der Gleichheit der Geschlechter und des europäischen Arbeitsmarktes. Der Binnenmarkt muss ein dynamischer Binnenmarkt sein, der digital und innovativ ist, kreative Lösungen fordert, für führende Hightech-Unternehmen einen starken Standort darstellt und mehr grüne Arbeitsplätze schafft. Schließlich muss die EU ihre Wirtschaftsstärke nutzen, um neue internationale Marktchancen zu eröffnen, den freien und gerechten Handel zu fördern und so zum Wachstum europäischer Unternehmen beitragen.

3. Ein grünes Europa

Europa muss den Übergang zu einer grünen Wirtschaft unterstützen und seinen Fokus verstärkt auf Nachhaltigkeit legen. Es müssen stärkere Anstrengungen unternommen werden,

um diesen Übergang zu bewirken und eine Lösung für die zunehmenden Probleme umweltschädlicher Produktionsmethoden, einer übermäßigen Nutzung wichtiger Naturressourcen und des Klimawandels zu finden. Die EU muss anstreben, ihre Klima- und Energieziele in Bezug auf eine erhöhte Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 sowie die Ausweitung erneuerbarer Energien, eine erhöhte Energieeffizienz und eine wesentliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 zu erreichen. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um eine wirksame und grüne Verkehrspolitik, gemeinsame grüne Standards auf dem Binnenmarkt und die weit verbreitete Annahme eines nachhaltigen Verbraucher- und Produktionsverhaltens zu formulieren. Ein Agrarsektor, der umweltschonende, natürliche und klimafreundliche Anbaumethoden nutzt, ist ebenfalls ein Teil der Lösung. Ebenso müssen Maßnahmen ergriffen werden, um eine nachhaltige Reform der Fischereipolitik der EU zu bewirken. Die Mittel für Forschung und Entwicklung im Bereich des Umwelt- und Energiesektors müssen aufgestockt werden. Schließlich wird sich die Ratspräsidentschaft auch dafür einsetzen, dass auf der UN-Konferenz Rio+20 für nachhaltige Entwicklung eine starke europäische Stimme zu hören sein wird.

4. Ein sicheres Europa

Die Sicherheit der Bürger und Europas internationaler Einfluss in einer globalisierten Welt lassen sich am besten

durch gemeinsame Anstrengungen und eine starke europäische Zusammenarbeit fördern und sichern. Europas internationaler Einfluss in den Bereichen Sicherheit, Handel und Entwicklung muss gewahrt werden. Die Mitgliedstaaten müssen die Zusammenarbeit bezüglich einer gut organisierten Asyl- und Migrationspolitik sowie in Bezug auf wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention von Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität ausweiten. Die dänische Ratspräsidentschaft wird den Wunsch der Nachbarstaaten der EU nach einer engeren Zusammenarbeit, unter anderem durch Zugang zu den Märkten der EU, unterstützen und dazu beitragen, sicherzustellen, dass der Erweiterungsprozess in Form einer verantwortungsvollen Erweiterungspolitik fortgesetzt wird. Die Ratspräsidentschaft wird die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten aktiv in ihren Bemühungen zur Stärkung der globalen Rolle Europas unterstützen. Schließlich wird die dänische Ratspräsidentschaft sich aktiv dafür einsetzen, dass der Europäische Auswärtige Dienst zu einem starken und effektiven Akteur wird, und eine stärkere Kohärenz zwischen der Politik der EU in den Bereichen, die sich auf Entwicklungsländer auswirken, sicherzustellen.

1. Ein verantwortungsvolles Europa

Europa bemüht sich, sich von der schwersten Wirtschaftskrise seit vielen Jahren zu erholen. Wir müssen zusammenarbeiten, um für wirtschaftliche Stabilität in Europa und dafür zu sorgen, dass Wachstum und Beschäftigung wieder auf einen zukunftsträchtigen Pfad gelenkt werden. Gleichzeitig müssen die EU-Mitgliedstaaten ihre Staatsfinanzen konsolidieren und die notwendigen Reformen einführen. Die Arbeit an Reformen und der Konsolidierung in den Mitgliedstaaten wird ihren Ausgangspunkt in der Umsetzung der auf dem Gipfeltreffen am 9. Dezember 2011 getroffenen Entscheidungen, im Europäischen Semester und der ‚Strategie Europa 2020‘ nehmen und einen besonderen Schwerpunkt auf die Finanzpolitik und Finanzreformen legen. Dadurch soll das langfristige Wachstumspotential der EU gefördert werden.

Eine verantwortungsvolle europäische Wirtschaft

Eine der wichtigsten Aufgaben der dänischen Ratspräsidentschaft wird es sein, die Bemühungen zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Schuldenkrise fortzuführen. Am 9. Dezember 2011 wurde im Europäischen Rat eine Reihe wichtiger Entscheidungen für eine stärkere Haushaltsdisziplin getroffen, um die wirtschaftliche Stabilität in Europa sicherzustellen. Die Umsetzung dieser Entscheidungen wird die europäische Agenda voraussichtlich insbesondere in der ersten Hälfte der dänischen Ratspräsidentschaft dominieren, in der Maßnahmen erforderlich sein werden, um im Rahmen der kurz- und langfristigen Anstrengungen zur Bekämpfung der Schuldenkrise eine Lösung für

eine striktere Haushaltspolitik und wirtschaftspolitische Steuerung zu erreichen, unter anderem durch das Internationale Abkommen über eine verstärkte Wirtschaftsunion und die beiden Verordnungsentwürfe der Kommission für eine verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung vom 23. November 2011.

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Schuldenkrise hatten schwere Auswirkungen auf die EU-Mitgliedstaaten, und es muss auch davon ausgegangen werden, dass sie den Rahmen der Zusammenarbeit in der EU noch lange bestimmen werden. Die EU und die Länder der Eurozone haben Maßnahmen ergriffen, um diese besonderen und schweren Krisen anzugehen, unter anderem durch die Einrichtung

mehrfähriger Kreditprogramme für Griechenland, Portugal und Irland sowie die Einführung neuer Kreditinstrumente und Rettungsfonds. Im Mai 2010 wurden das EU-Instrument des EFSM (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus) und die Hilfsmittel für die Euro-Länder, EFSF (European Financial Stability Facility) geschaffen, um Ländern der Eurozone, die sich in ernstesten finanziellen Schwierigkeiten befinden, Finanzhilfen zukommen zu lassen. Beide Instrumente werden in Kürze durch den ständigen Kreditmechanismus der Länder der Eurozone, den ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) ersetzt. Im Herbst 2011 wurden wichtige weitere Schritte unternommen, um die Fähigkeit zur Krisenhilfe des EFSF zu stärken und die Kreditwürdigkeit des europäischen Bankensektors sicherzustellen.

Parallel zur Einführung von Krisenbewältigungsmaßnahmen haben die EU-Mitgliedstaaten die gemeinsamen Regeln und den Rahmen der wirtschaftspolitischen Koordinierung gestärkt. Diesbezüglich haben die Mitgliedstaaten der EU eine umfangreiche Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung verabschiedet, die unter anderem den Stabilitäts- und Wachstumspakt und eine neue Art der Zusammenarbeit zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte und allgemeine Anforderungen an Regeln und Vorschriften für nationale Haushalte umfasst. Durch das Europäische Semester hat die EU den Rahmen für diese Reformelemente bei der

Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik erweitert.

Neben den neuen Regelungen und Verordnungen haben die Länder der Eurozone sowie sechs Länder, die nicht der Eurozone angehören, darunter auch Dänemark, eine Vereinbarung für einen Wettbewerbsfähigkeitspakt unterzeichnet (*der Euro-Plus-Pakt*). Durch freiwillig eingegangene Verpflichtungen zu bestimmten Reformmaßnahmen ist der Pakt darauf ausgelegt, sicherzustellen, dass die beteiligten Länder auf höchster politischer Ebene einen noch größeren Schwerpunkt auf die wichtigsten Reformen legen. Die Reformen sind erforderlich, um das Beschäftigungsniveau anzuheben, zukunftsfähige Staatsfinanzen zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit und finanzielle Stabilität zu stärken.

Die Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung und der Wettbewerbsfähigkeitspakt sind Schlüsselinstrumente, um eine bessere Koordinierung und weitere Bemühungen zur Krisenbekämpfung zu ermöglichen. Die Einführung einer stärkeren wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU im Rahmen der neuen Regeln und Verordnungen soll dazu beitragen, in bestimmten Ländern wieder eine gesunde, verantwortungsvolle und nachhaltige Wirtschaftspolitik einzuführen und zu verhindern, dass die EU-Mitgliedstaaten in einen langwierigen Teufelskreis aus hohen Defiziten, steigender Verschuldung und hohen Zinssätzen geraten. Diese Maßnahmen

haben zum Ziel, Europa aus der Krise zu helfen, das Risiko einer erneuten Krise zu verringern und bessere Instrumente zum Umgang mit potentiellen neuen Rückschlägen bereitzustellen. Dies kann durch eine Ausweitung des Spielraums und Rahmens für die Verfolgung einer aktiven Finanzpolitik und damit des Potentials für die Schaffung von mehr Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa erreicht werden.

Stärkere Finanzregulierung und Finanzaufsicht

Die Finanzkrise hat den Bedarf nach einer stärkeren Regulierung und Überwachung des Finanzsektors offenbart, und die dänische Ratspräsidentschaft wird deshalb auf diese Arbeit einen besonderen Schwerpunkt legen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich für eine Einigung des Rates zu der von der Kommission vorgeschlagenen Änderung der Kapital- und Liquiditätsanforderungen von Kreditinstituten (CRD4) einsetzen, die die Basel III-Standards in eine neue EU-Gesetzgebung umsetzt. Die Ratspräsidentschaft wird außerdem auf einen gemeinsamen europäischen Rahmen für das Krisenmanagement im Finanzsektor hinarbeiten, beispielsweise durch ein frühes Eingreifen und Vorbeugen in Bezug auf marode Banken und eine Einigung im Rat bezüglich einer überarbeiteten Verordnung über Kreditratingagenturen. Außerdem wird die Ratspräsidentschaft den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur Regulierung des Derivatehandels Priorität geben. Ebenso wird daran

gearbeitet, die Regelungen zu Finanzinvestitionsmärkten usw. (MiFID) und die Regelungen zum Marktmissbrauch (MAR) weiterzuführen. Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft generell der Verbesserung des Schutzes europäischer Verbraucher in Bezug auf den Finanzsektor besondere Priorität geben.

Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU

Seit der Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU für die Haushaltsperiode 2007-2013 hat sich die Welt dramatisch verändert. Der künftige EU-Haushalt muss die Notwendigkeit der Konsolidierung der Staatsfinanzen der Mitgliedstaaten berücksichtigen und außerdem einen neuen Rahmen für künftiges Wachstum und Beschäftigung in Europa schaffen. Finanzmittel müssen effektiver und stärker zugunsten der Bürger verwendet werden. Die EU kann und muss durch die Einführung gemeinsamer Lösungen und zukunftsorientierter Haushalte Rationalisierungseffekte erreichen.

Die Verhandlung des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU für die neue Haushaltsperiode von 2014 bis 2020 wird während der dänischen Ratspräsidentschaft hohe Priorität haben. Die EU-Mitgliedstaaten streben an, die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen bis zum Ende des Jahres 2012 abzuschließen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird anstreben, den Verhandlungen

Dynamik zu verleihen und damit die nötige Vorarbeit für die abschließenden Verhandlungen zu leisten. Es ist nicht realistisch, dass die Verhandlungen während der dänischen Ratspräsidentschaft abgeschlossen werden, aber die dänische Ratspräsidentschaft strebt an, die Verhandlungen so weit wie möglich voranzubringen, darunter die Verhandlungen zur Reform der

gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik, zur Strukturpolitik und zu den EU-Programmen beispielsweise in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Energie, Klima, Umwelt, Bildung und Außenpolitik. Die Verhandlungen der einzelnen Bestandteile können nur im Rahmen der übergreifenden Vereinbarung abgeschlossen werden.

2. Ein dynamisches Europa

Wenn Europa sein Wohlstandsniveau und seine Stellung unter den wohlhabendsten und dynamischsten Regionen der Welt behalten und weiterentwickeln soll, setzt dies voraus, dass wir die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU schaffen. Die Wachstumsmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt sind noch nicht voll ausgeschöpft, auch wenn seit der Gründung im Jahr 1992 erhebliche Fortschritte erzielt wurden. Das Ziel der dänischen Ratspräsidentschaft ist es, durch eine Reihe neuer Initiativen konstruktiv zu einer Weiterentwicklung des Binnenmarktes beizutragen. Wir müssen sicherstellen, dass die Handelsbedingungen in Europa optimal ausgenutzt werden und dass die EU auch weiterhin eine Region bleibt, die offen für Handel und Investitionen ist, denn die wirtschaftliche Offenheit stellt ebenfalls eine Voraussetzung für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa dar.

Ein neu belebter Binnenmarkt

Der Binnenmarkt ist der größte Wirtschaftsmotor in der EU und verfügt über ein enormes Potential, ein neues nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Deshalb müssen parallel zur erfolgreichen Einführung von Reformen und der Konsolidierung in den Mitgliedstaaten bestimmte gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um neue Quellen des Wachstums zu schaffen und das Beschäftigungsniveau in Europa anzuheben. Im Rahmen der Weiterverfolgung der Binnenmarktakte, die die Kommission im Frühjahr 2011 veröffentlichte, wird sich die Arbeit auf eine Reihe von Initiativen konzentrieren. Die dänische Ratspräsidentschaft wird

die Arbeit zur Reformierung des europäischen Patentsystems fortführen, die für Europas Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum von entscheidender Bedeutung ist, und einen deutlichen Schwerpunkt auf die folgenden Schlüsselbereiche legen:

- **Ein digitaler Binnenmarkt.** Ein gut funktionierender digitaler Binnenmarkt setzt die Beseitigung gesetzlicher und verwaltungstechnischer Hürden voraus, beispielsweise durch die Verbesserung der Bedingungen für den E-Commerce in der EU, die Senkung von länderübergreifenden Roamingpreisen (SMS, Gesprächs- und Datendienste über das Internet) und

die Weiterverwendung öffentlicher Daten für die Entwicklung neuer digitaler Dienstleistungen. Die Verbraucherrechte müssen gesichert und Hindernisse für Vertrauen und Zuversicht im Zusammenhang mit E-Commerce abgebaut werden.

- **Die soziale Dimension des Binnenmarktes.** Die soziale Dimension einer integrierten europäischen Wirtschaft auf dem Binnenmarkt muss wechselseitig gestärkt werden. Ebenso muss das Vertrauen in den Binnenmarkt und die Dienstleistungsfreiheit durch die Wahrung von Arbeitnehmerrechten gestärkt werden. Die Ratspräsidentschaft wird sich deshalb für eine verstärkte Umsetzung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern einsetzen und deutlich machen, dass die Rechte von Arbeitnehmern und Unternehmen in Bezug auf die Freizügigkeit gleich wichtig sind.
- **Öffentliches Auftragswesen.** Eine Vereinfachung der Auftragsvergabe-Regelung ist notwendig, um die Kosten für Unternehmen und Behörden zu senken. Einfache und flexiblere Regeln für das öffentliche Auftragswesen werden dazu beitragen, zu gewährleisten, dass die Auftragsvergabe durch Behörden beispielsweise bei grünen oder innovativen öffentlichen Ausschreibungen als Wachstumsmotor genutzt werden kann. Ein einfacheres Regelwerk wird es kleinen und mittelständischen Unternehmen erleichtern, über EU-interne Grenzen hinweg Angebote für öffentliche Aufträge abzugeben. Zur Unterstützung der Allgemeinheit müssen solche öffentlichen Ausschreibungsverfahren kosteneffizient sein.
- **Wirksame Standardisierung.** Ein effektiver Wettbewerb auf dem Binnenmarkt setzt gemeinsame Standards und ein wirksames Standardisierungssystem voraus. Durch die Nutzung europäischer Normen können neue Technologien schneller auf den Markt kommen. Insbesondere die Anerkennung privat entwickelter Normen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie wird dem öffentlichen Markt Gelegenheiten für innovativere öffentliche Ausschreibungen geben.
- **Bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen und Verbraucher.** Die Ratspräsidentschaft wird sich für eine Modernisierung der europäischen Rechnungslegungsgrundsätze und einen besseren Zugang für Unternehmen zu Risikokapital einsetzen. Die Rechte der Bürger und Unternehmen müssen durch einen Schwerpunkt auf der ordnungsgemäßen und richtigen Einführung, Anwendung und Durchsetzung der Gesetzgebung zum Binnenmarkt und der Stärkung der Marktaufsicht gesichert werden. Die Durchsetzung von Verbraucherrechten muss ebenfalls gestärkt werden, etwa durch Systeme zur alternativen Streitbeilegung.

- **Ein Binnenmarkt für Energie.** Eine bessere Integration des Energiemarkts wird zum Wettbewerb beitragen, zu niedrigeren Strompreisen führen und die Einspeisung größerer Mengen erneuerbarer Energie in das Energienetz einfacher und preiswerter gestalten. Das wird zur Stärkung der Energiesicherheit in Europa und zum Erreichen der Klimaziele der EU beitragen.

Ein wettbewerbsfähiger Binnenmarkt für Wissen

Die Fähigkeit, Wissen in ein Geschäft umzuwandeln, ist ein wichtiger Faktor zur Unterstützung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, die Verhandlungen über die nächste Generation an Programmen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation voranzutreiben. Die Verbindungen zwischen diesen drei Bereichen müssen verstärkt werden. Diesbezüglich spielen Hochschuleinrichtungen als Anbieter von Forschung, Bildung und hoch qualifizierten Arbeitnehmern sowie bei der Übertragung von Wissen auf die Gesellschaft eine zentrale Rolle. Ebenso muss eine Stärkung von beruflichen Aus- und Weiterbildungsprogrammen zur Förderung der Wissensgesellschaft beitragen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird auch die Arbeit zur Förderung der Sichtbarkeit des vielfältigen Potentials des Kultur- und Kreativsektors zum Entwerfen neuer wachstums- und innovationsfördernder Lösungen fortführen. Dies wird unter

anderem durch einen Schwerpunkt auf der Arbeit am Vorschlag für das Programm Creative Europe geschehen.

Die Ratspräsidentschaft wird einen aktiven Einsatz leisten, um sicherzustellen, dass das künftige Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation, 'Horizont 2020', Forschungs- und Wissenseinrichtungen sowie Unternehmen einen leichteren Zugang zu Fördermitteln ermöglicht. Das Aufrechterhalten und der Ausbau von hervorragenden Forschungsumfeldern in Europa ist eine Voraussetzung für die erfolgreiche Lösung einer Reihe von großen gesellschaftlichen Herausforderungen und ein wichtiges Element der Bemühungen, ein langfristiges Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Schaffung von Arbeitsplätzen sicherzustellen. Ebenso soll das neue EU-Programm, Erasmus für alle, dazu beitragen, die EU-Programme in den Bereichen Bildung, Jugend und Sport benutzerfreundlicher für Studenten, Bildungseinrichtungen und Unternehmen zu gestalten. Unternehmertum und Innovation müssen auch durch günstige Bedingungen für die Entwicklung von Ideen in Forschung, Entwicklung und Bildung gefördert werden, die kleinen und mittelständischen Unternehmen zugutekommen. Um Wachstum zu schaffen, muss das gesamte Talent ausgeschöpft werden, und die dänische Ratspräsidentschaft wird einen Schwerpunkt auf den Anteil von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten privater Unternehmen legen.

Darüber hinaus möchte die dänische Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf Wachstum und Innovation im Gesundheitssektor legen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, zu gewährleisten, dass Patienten eine bessere und wirksamere Behandlung erhalten. Gleichzeitig müssen innovationsbegünstigende Bedingungen für öffentliche wie private Akteure im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Sozialdienste geschaffen werden. Dies kann beispielsweise durch eine Änderung der Richtlinien zu medizinischen Geräten erfolgen. Dänemark wird auch die Nutzung von eHealth in den Mittelpunkt rücken, bei der zum Beispiel innovative IT-Lösungen dazu beitragen können, die Nutzung von Ressourcen sowie die Vorbeugung, Erkennung und Behandlung von chronischen Erkrankungen zu verbessern.

Nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung in der gesamten EU

Seit 1986 verfolgt die Kohäsionspolitik das Ziel, den Unterschied zwischen den Entwicklungsniveaus der verschiedenen Regionen Europas zu verringern. In Zukunft muss die Kohäsionspolitik die Prioritäten der Strategie Europa 2020 unterstützen, um die Beschäftigung zu stärken und ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wirtschaftswachstum zu fördern. Die dänische Ratspräsidentschaft wird gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um die Verhandlungen über eine Reform der

Kohäsionspolitik, die in stärkerem Maße dazu beitragen soll, die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu sichern, möglichst weit voranzubringen. Gleichzeitig muss die Kohäsionspolitik auf dem bereits Erreichten aufbauen, um noch wirksamer zu sein und ein stärkeres nachhaltiges Wachstum in Europa zu ermöglichen. Dies wird unter anderem durch eine stärkere Orientierung an Ergebnissen mit dem Schwerpunkt auf Initiativen mit der größten Wirkungskraft und durch gezielte Bedingungen erfolgen, die dafür sorgen, dass es nationale Rahmen gibt, um die Früchte der Bemühungen zu ernten.

Außerdem sollte ein produktiver Synergieeffekt und eine Koordination zwischen der Kohäsionspolitik und damit zusammenhängenden politischen Entscheidungen der EU geschaffen und ein Versuch unternommen werden, die Verwaltung der Finanzmittel der Kohäsionspolitik zu vereinfachen. Die Reform der Kohäsionspolitik stellt ein wichtiges Element der Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen dar und kann nur im Rahmen einer übergreifenden Vereinbarung abgeschlossen werden.

Sicherung eines Arbeitsmarktes der Zukunft, der Gesundheit und eines Arbeitsmarktes, auf dem jeder gebraucht wird

Auch wenn die Arbeitslosigkeit in Europa hoch ist, wird es langfristig schwierig sein, eine ausreichend große Erwerbsbevölkerung sicherzustellen.

Immer mehr Europäer leben länger, und der Anteil an Rentnern, von denen viele an einer oder mehreren chronischen Erkrankungen leiden, nimmt zu. Alle EU-Mitgliedstaaten stehen vor derselben Herausforderung, den Wohlfahrtsstaat der Zukunft zu finanzieren und älteren Menschen Sozial- und Gesundheitsfürsorge zukommen zu lassen. Die dänische Ratspräsidentschaft rückt die Vorbeugung, Früherkennung und Behandlung chronischer Erkrankungen in den Mittelpunkt. Im Rahmen des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012) werden während der dänischen Ratspräsidentschaft Diskussionen darüber stattfinden, wie die Gesundheit älterer Menschen im Einklang mit der zunehmenden Lebenserwartung verbessert werden kann. Die Ratspräsidentschaft wird sich außerdem dafür einsetzen, die Beteiligung älterer Menschen am Arbeitsmarkt und in der Freiwilligenarbeit zu fördern, und wird gleichzeitig Diskussionen dazu anstoßen, wie moderne technische Hilfsmittel älteren Menschen und Menschen mit Behinderung den Alltag erleichtern können, damit ihre Fähigkeiten zugunsten der Gesellschaft genutzt werden können.

Die Vielfalt des Arbeitsmarktes in Europa stellt eine wichtige Stärke dar. Im Rahmen der Strategie Europa 2020 können wir aber auch voneinander lernen und Arbeitsmärkte entwickeln, auf denen sich Unternehmen leicht neuen Bedingungen anpassen können, und auf denen Unternehmen und

Behörden in die Entwicklung eines guten Arbeitsumfelds sowie eine gute Qualifizierung der Angestellten investieren. Außerdem sorgt die Gleichstellung der Geschlechter für eine größere Erwerbsbevölkerung und ist eine Voraussetzung für flexiblere Arbeitsmärkte. Es ist von entscheidender Bedeutung, die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen in Europa zu senken. Deshalb richtet die Ratspräsidentschaft ihre Aufmerksamkeit auf die Anzahl der Jungen, die frühzeitig aus dem Bildungssystem ausscheiden, und die niedrige Anzahl an Frauen, die sich für ein Ausbildungsprogramm in Wachstumsbereichen wie Innovation, grüne Technologie und Naturwissenschaften entscheiden.

Die legale Migration qualifizierter Arbeitskräfte ist notwendig, um den zukünftigen Arbeitsmarkt zu sichern. Die Gesetzgebung muss deshalb ein flexibles System fördern, das einen einfachen Zugang für jene hoch qualifizierten Arbeitnehmer und Studenten ermöglicht, die Europa braucht. Die Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, den Wissensaustausch und die Koordinierung im Rahmen eines ganzheitlichen Ansatzes für Integration auszuweiten. Die Freizügigkeit von Dienstleistungen und Personen in der EU trägt zum Wachstum bei, und es werden Bemühungen unternommen, um diese Freizügigkeit zu unterstützen, unter anderem durch ein effektiveres System für die gegenseitige Anerkennung von Aus- und Weiterbildungsqualifikationen. Es ist unbedingt

notwendig, dass die Freizügigkeit sowie die legale Migration sowohl aus Drittländern wie innerhalb des EU-Binnenmarktes in Übereinstimmung mit den in den Gastländern geltenden grundlegenden Arbeitsbedingungen erfolgen und dass die Regelungen in Bezug auf die Freizügigkeit von Personen auf dem Binnenmarkt nicht missbraucht werden.

Gemeinsame Handelspolitik mit Durchschlagskraft

Angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise ist es wichtig, dass die EU die Handelspolitik weiterhin aktiv dazu nutzt, bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen in Bezug auf die Förderung des Exports und die Stärkung weltweiter Produktionsketten und Investitionen zu schaffen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich insbesondere dafür einsetzen, sicherzustellen, dass der enge politische Dialog mit den Nachbarn, strategischen Partnern und anderen Partnerländern der EU in Entwicklungsländern durch Handelsbeziehungen und den gegenseitigen Zugang zum Markt begünstigt wird. Es müssen große Anstrengungen darauf verwendet werden, die Fortsetzung des liberalen Handels mit den Nachbarn der EU zu sichern, vor allem durch

Verhandlungen über umfangreiche Freihandelsabkommen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich weiterhin dafür einsetzen, als oberste Priorität in der Handelspolitik solide Fortschritte bei den WTO-Gesprächen der Doha-Entwicklungsrunde zu machen. In diesem Zusammenhang werden Bemühungen unternommen, die Rolle der WTO als Bollwerk gegen den Protektionismus zu stützen.

Gleichzeitig wird die EU weiterhin die Priorität auf bilaterale Handels- und Investitionsabkommen legen, beispielsweise mit Kanada, Kolumbien-Peru, Indien, Japan, dem Mercosur, Malaysia und Singapur. Die EU muss auch in Zukunft die Handelsbeziehungen mit strategischen Partnern ausweiten. Der Handel der EU mit Entwicklungsländern muss nachhaltig sein und zur Bekämpfung der Armut beitragen. Deshalb sind die nachhaltige Entwicklung und die Armutsminderung ein integraler Bestandteil der handelspolitischen Strategie der EU. Dieser Ansatz muss beibehalten werden, wenn die EU die Verordnung über allgemeine Zollpräferenzen mit einer Reihe von Entwicklungsländern neu verhandeln wird.

3. Ein grünes Europa

Die dänische Ratspräsidentschaft wird aktiv die Richtung vorgeben, um grünes und nachhaltiges Wachstum zu fördern. Das setzt einen umfassenden, sektorenübergreifenden Ansatz voraus, an dem die Bereiche Energie, Landwirtschaft, Verkehr, Klima, Umwelt und IT beteiligt sind und der auf dem Dialog und der Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor aufbaut. Die Ratspräsidentschaft wird die Arbeit an einer Reihe bestimmter Ziele fortsetzen, die bis 2020 und in dem daran anschließenden Zeitraum erreicht werden sollen, um sicherzustellen, dass verschiedene bestimmte Initiativen, die notwendige Prioritätensetzung im Bereich Forschung und Entwicklung sowie die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor eingeführt werden. Dies setzt vor allem im Energie- und Verkehrssektor Bemühungen in Form der technologischen Entwicklung von Energiesystemen mit einer hohen Energieeffizienz und eines verstärkten Schwerpunktes auf erneuerbaren Energien und Versorgungssicherheit voraus. Ein Schwerpunkt wird auch auf langfristigen Zielen zur Sicherung eines ressourceneffizienten und kohlenstoffarmen Europas bis zum Jahr 2050 liegen, wobei kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen ergriffen werden. Gleichzeitig muss auch der Schutz der Umwelt und Biodiversität der EU in den Mittelpunkt gerückt werden. Diese Themen werden auch im Zusammenhang mit den Reformen der gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Schließlich wird sich die Ratspräsidentschaft für eine starke europäische Stimme auf der UN-Konferenz Rio+20 für nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Es besteht eine Verbindung zwischen grüner Entwicklung und Wachstum.

Grünes Wachstum setzt eine starke Stimme Europas auf der im Juni 2012 in Brasilien stattfindenden UN-Konferenz Rio+20 und bei den internationalen Klimaverhandlungen voraus. Ebenso muss die EU bei den internationalen Klimaverhandlungen über einen

weltweiten Rahmen für eine Vereinbarung Führungsstärke beweisen. Die Vereinbarung muss im engen Zusammenhang mit der umfassenden Einführung klimafreundlicher Technologien den Weg für den Übergang der Industrie- und der Entwicklungsländer zu Gesellschaften mit einem geringen CO₂-Ausstoß ebnen.

Eine gemeinsame Strategie für grünes Wachstum setzt die Einführung ressourceneffizienter Produktionsmethoden und die hohe Prioritätensetzung in der EU auf ein nachhaltiges Verbraucherverhalten voraus. In gezielten technologischen Anstrengungen müssen umweltfreundliche und ressourceneffiziente Alternativen entwickelt und ihre Einführung gefördert werden. Gleichzeitig müssen die EU-Bürger über die nötigen Instrumente verfügen, um im Alltag nachhaltige Verbraucherentscheidungen zu treffen. Die Regulierung des EU-Binnenmarktes muss deshalb weiterhin Vorreiter bei der Formulierung von energie- und klimabezogenen Umwelanforderungen für alle Arten von Produkten sein. Außerdem setzt eine Strategie für ein ressourceneffizientes grünes Wachstum gemeinsame Anstrengungen voraus, um die Nutzung erheblicher Mengen an Ressourcen weiter zu optimieren, die heute durch die zunehmende Produktion von Abfall in der EU verloren gehen.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird anstreben, den Rahmen für das 7. Umweltaktionsprogramm festzulegen, dessen Hauptbestandteil Strategien für die Entwicklung einer ressourceneffizienten Wirtschaft sein werden. Ziel des Programms ist, einen stärkeren Zusammenhang zwischen Zielen, Mitteln und Finanzierung herzustellen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird außerdem den Schutz der Biodiversität auf die

Tagesordnung setzen und die Arbeit in diesem Bereich durch die Einführung der Biodiversitätsstrategie der EU bis zum Jahr 2020 unterstützen.

Der erforderliche Übergang zu einer grünen Wachstumswirtschaft muss vor allem vom Privatsektor finanziert und vorangetrieben werden, weshalb sich die EU hauptsächlich auf die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften für ein grünes Wachstum und für die systematische Einbindung visionärer Unternehmen bei der Entwicklung grüner Wachstumsstrategien konzentrieren sollte.

Höhere Energieeffizienz und zukünftige Energie- und Klimapolitik

Die Mitgliedstaaten haben sich dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen um 20 Prozent zu senken und den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix um 20 Prozent zu erhöhen. Die Mitgliedstaaten haben auch dem Ziel beigepflichtet, die Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent zu erhöhen. Derzeit ist die EU auf einem guten Weg dahin, ihre Verpflichtungen im Bereich der Energie und des Klimas einzuhalten, aber es muss mehr unternommen werden, wenn das Ziel einer erhöhten Energieeffizienz erfüllt werden soll. Die Ratspräsidentschaft wird gezielte Bemühungen unternehmen, um die Einführung von Initiativen zur Energieeffizienz zu fördern, wobei die Energieeffizienzrichtlinie für die Ratspräsidentschaft eine hohe Priorität haben wird.

Die Ratspräsidentschaft wird sich auf die Frage konzentrieren, welche Maßnahmen in den kommenden Jahrzehnten ergriffen werden müssen, um die langfristigen Energie- und Klimafahrpläne der EU weiter zu verfolgen, damit die EU im Rahmen der umfangreichen Bemühungen seitens der Industrieländer ihr Ziel der Reduzierung von Treibhausgasemissionen um 80-95 Prozent bis zum Jahr 2050 erreichen kann. Es ist wichtig, Anreize dafür zu schaffen, den Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu unterstützen – nicht nur bis zum Jahr 2020, sondern auch darüber hinaus. Ziel ist es unter anderem, Investitionen in energieeffiziente Technologien und den Ausbau erneuerbarer Energie sicherzustellen. Die Ratspräsidentschaft wird sich unter anderem dafür einsetzen, sicherzustellen, dass das Thema potentieller Zielsetzungen für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen, für den Anteil erneuerbarer Energien und möglicherweise auch für die Energieeffizienz angesprochen werden, um dem Markt ein deutliches Signal zu geben und die Investitionssicherheit zu erhöhen.

Ein Binnenmarkt für Energie

Die Ratspräsidentschaft wird sich für die Förderung eines gut funktionierenden Binnenmarktes für Energie durch Ausweitung der europäischen Energieinfrastruktur einsetzen. Eine bessere Integration des Energiemarkts wird zur Förderung von Wettbewerb beitragen, zu niedrigeren Strompreisen für Verbraucher und Unternehmen führen und die Einspeisung zunehmender

Mengen erneuerbarer Energie in das Energienetz einfacher und preiswerter machen. Ein integrierter Binnenmarkt für Energie in der EU wird die Abhängigkeit von Energieimporten aus Drittländern mindern. Dadurch wird die Energiesicherheit Europas gestärkt, die bessere Nutzung erneuerbarer Energien sichergestellt und das Erreichen der EU-Klimaziele unterstützt.

Eine zukünftige nachhaltige Agrar- und Fischereipolitik

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik stellt einen zentralen Bestandteil der Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen dar. In Übereinstimmung mit der Strategie Europa 2020 muss eine zukünftige Agrarpolitik stärker dazu beitragen, durch eine fortgeführte Marktorientierung die Wettbewerbsfähigkeit der EU auf dem Weltmarkt zu fördern. Die Stärkung von Forschung, Entwicklung und Innovation im EU-Haushalt (Horizont 2020) und ein größerer Schwerpunkt auf Wissenstransfer sollen ebenfalls den Agrar- und Lebensmittelsektor unterstützen. Ein umweltfreundlicher Agrarsektor ist Teil der Lösung für viele neue Herausforderungen wie der Anpassung an den Klimawandel, der Reduzierung von Treibhausgasemissionen und der nachhaltigen Entwicklung. Er setzt einen verstärkten Fokus auf öffentliche Güter wie die Wasserverwaltung, das Biodiversitätsmanagement, die Lebensmittelsicherheit, die Reduzierung von Treibhausgasemissionen, den Umgang mit dem Klimawandel,

mehr Rücksicht auf die Umwelt und die Lieferung grüner Energie voraus.

Darüber hinaus muss die zukünftige Fischereipolitik den Schutz des Ökosystems des Meeres sowie Verbraucherinteressen berücksichtigen. Damit der Fischereisektor auch in Zukunft wirtschaftlich ist, müssen Fischereiressourcen auf nachhaltige Weise genutzt werden. Deshalb wird die dänische Ratspräsidentschaft daran arbeiten, ungewünschte Fänge zu reduzieren und Rückwürfe zu verhindern, unter anderem durch die verstärkte Anwendung selektiver Fangmethoden. Die Ratspräsidentschaft wird außerdem für eine verstärkte Nachhaltigkeit in der externen Dimension der Fischereipolitik arbeiten. Die Vereinfachungen von Regelungen und eine verstärkte Kohärenz mit der Umwelt- und Klimapolitik stehen ebenfalls im Mittelpunkt, um sicherzustellen, dass sich diese in stärkerem Maße gegenseitig stützen.

Ein gut angebundenes Verkehrssystem und weniger Luftverschmutzung

Der Verkehrssektor ist einer der Grundpfeiler für Wachstum und Beschäftigung der europäischen Wirtschaft. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um unter umwelt- und klimatechnisch nachhaltigen Rahmenbedingungen eine flexible Infrastruktur in Europa zu schaffen. Bei der zunehmenden Mobilität ist das Vorhandensein einer gut angebundenen Infrastruktur und eines wirksamen Zusammenspiels von Transportmitteln eine Notwendigkeit für den einzelnen

Bürger, die Transportindustrie und eine moderne Gesellschaft insgesamt. Eine effektive Infrastruktur wird außerdem den Zugang für Unternehmen zum Markt verbessern.

Europa wird in Zukunft vor der großen Herausforderung stehen, Staus im Personen- wie im Güterverkehr bewältigen zu müssen, durch die Verspätungen und längere Lieferzeiten zulasten individueller Bürger verursacht werden. Dies wird sich auch auf die Produktivität und den Binnenmarkt im Allgemeinen auswirken. Die Verhinderung und Bekämpfung von Staus ist deshalb für alle Transportmittel notwendig. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich für die Stärkung des Binnenmarktes durch Nutzung der Vorteile einsetzen, die beispielsweise intelligente Transportsysteme, bessere öffentliche Verkehrsmittel, ein effizienterer und sichererer Luftverkehr, bessere Verbindungen von Straßennetzen mit Häfen, Intermodalität und die zunehmende Nutzung von Eco-Combis bieten.

Darüber hinaus ist die Luftverschmutzung durch Autos, Schiffe, Züge und Flugzeuge nach wie vor ein globales Problem. Die ehrgeizige Fortsetzung gemeinsamer Anstrengungen gegen Luftverschmutzungen müssen mit Strategien der EU zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen Hand in Hand gehen. Energieeffiziente Fahrzeuge wie Hybridfahrzeuge und Elektroautos können einen wesentlichen Beitrag zu diesem Ziel leisten. Es werden deshalb auf energieeffiziente Weise Ziele zur

Reduzierung der Luftverschmutzung in die langfristigen EU-Strategien für Umwelt und Gesundheit aufgenommen.

Eine bessere Regulierung von Chemikalien

Die Innovation und Entwicklung neuer Produkte sind für zukünftiges Wachstum notwendig, aber damit einher gehen auch Gesundheitsrisiken, insbesondere in Zusammenhang mit der Entwicklung von Chemikalien und Technologien, deren Auswirkungen auf die Gesundheit noch unbekannt sind. Darum sollte die EU-Umweltpolitik

zunehmend verschärft werden, um den bestmöglichen Schutz von Menschen, Tieren und der Natur gegen gefährliche Drogen und Chemikalien zu bieten. In Zukunft wird vor allem die Notwendigkeit bestehen, sich auf die Regulierung von chemischen Kombinationen zu konzentrieren, die für Menschen gesundheitsschädlich sind. Die EU muss schnell handeln können und neues Wissen in konkrete Vorbeugungsmaßnahmen und gemeinsame Politik umsetzen, sobald die gesundheitsschädliche Wirkung für Menschen belegt werden kann.

4. Ein sicheres Europa

In einer globalisierten Welt ist die europäische Zusammenarbeit von äußerster Wichtigkeit, um die Sicherheit, den Wohlstand und die Interessen der EU-Bürger zu sichern. Dies gilt für alle Bereiche von der Lebensmittelsicherheit und der Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren, über den Schutz vor grenzüberschreitender Kriminalität und die gezielte Verstärkung der Katastrophenschutzkapazitäten der EU bis zur Sicherung und Verfolgung von Europas Interessen in der Weltpolitik. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, ein starkes gemeinsames Handeln in all diesen Bereichen sicherzustellen, um Europas internationalen Einfluss zu sichern. Eine starke europäische Zusammenarbeit ist außerdem notwendig, um die Sicherheit der EU-Bürger vor dem Hintergrund eines steigenden Anteils schwerer und organisierter grenzüberschreitender Verbrechen zu wahren. Gleichzeitig setzen die Bemühungen, eine gut gesteuerte Einwanderung in die EU zu sichern, eine starke Zusammenarbeit voraus. Darüber hinaus müssen wir uns stärker für die Gesundheit, die Verbraucherrechte und die Lebensmittelsicherheit der EU-Bürger einsetzen.

Zusammenarbeit für mehr Sicherheit der Bürger

Europa muss für seine Bürger ein sicherer Ort sein. Grenzübergreifende Kriminalität und Bedrohungen der Sicherheit von außen lassen sich nicht wirksam durch einzelne Mitgliedstaaten verhindern. Deshalb muss die EU gemeinsame Ziele haben und gemeinsam vorgehen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten bei der Ermittlung zu grenzüberschreitender Kriminalität aufrechtzuerhalten und zu stärken.

In diesem Zusammenhang wird die Ratspräsidentschaft den Schwerpunkt darauf legen, einen Rahmen für ein flexibles und wirksames System zur Ermittlung in Angelegenheiten, die mehrere Mitgliedstaaten betreffen, sicherzustellen.

Terrorismus ist weiterhin eine der ernstesten Gefahren für Europa, und es ist wichtig, dass die gemeinsamen Anstrengungen in diesem Bereich aufrechterhalten und ausgeweitet werden. Die dänische Ratspräsidentschaft wird in diesem Zusammenhang Wert darauf legen, sicherzustellen,

dass die Strafverfolgungsbehörden wirksame Instrumente zur Durchführung von Ermittlungen erhalten und dass die Behörden Zugang zu Informationen haben und Informationen teilen, die für einen einheitlichen Einsatz zur Terrorismusbekämpfung benötigt werden. Die Ratspräsidentschaft möchte außerdem einen größeren Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit zur *Terrorismusprävention* legen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Wissen über die Ursachen von Terrorismus aufgebaut und ausgetauscht wird, damit beispielsweise frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden können, um Radikalisierungstendenzen zu bekämpfen.

Sicherheit und Rechtssicherheit müssen Hand in Hand gehen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird deshalb die Arbeit zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigen und Angeklagten in Strafverfahren fortsetzen. Es muss außerdem verstärkt sichergestellt werden, dass die Opfer von Verbrechen die benötigte Unterstützung erhalten, und die dänische Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, konkrete Ergebnisse zu erzielen, die Opfern dabei helfen, wieder ein normales Leben zu führen.

Eine gut gesteuerte Migrationspolitik in der EU

Migration kann sowohl im Interesse der Migranten als auch der Herkunftsländer liegen, aber dies setzt eine gut gesteuerte Politik in diesem Bereich

voraus. Die Anerkennung dieser Tatsache erhält weitere Bestätigung durch die aktuelle Situation in Nordafrika, die sowohl Herausforderungen als auch Chancen darstellt und ein Thema ist, dem die Ratspräsidentschaft Priorität geben wird.

Ein Element einer gut gesteuerten Migrationspolitik wird die endgültige Festlegung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems bis zum Ende des Jahres 2012 sein. Die dänische Ratspräsidentschaft wird deshalb anstreben, die Verhandlungen über Gesetzgebungsakte im Asylpaket so weit wie möglich voranzubringen. Die Ratspräsidentschaft wird das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen und die Grenzbehörde Frontex sowie die Zusammenarbeit zwischen diesen Behörden unterstützen. So arbeitet die dänische Ratspräsidentschaft daran, sicherzustellen, dass Asylbewerber unter angemessenen Bedingungen leben, während ihr Asylantrag bearbeitet wird.

Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft die Arbeit für gezielte und mehrgleisige Bemühungen zur Verhinderung und Bekämpfung illegaler Migration fortsetzen, unter anderem durch die fortgeführten Bemühungen, die Effizienz des Schengen-Systems zu verbessern. Auf diese Weise wird die Ratspräsidentschaft zu sicheren Grenzkontrollen an den Außengrenzen der EU beitragen, um die Freizügigkeit von Personen über Binnengrenzen hinweg als Grundpfeiler

der Zusammenarbeit in der EU aufrechtzuerhalten. Außerdem werden die Visapolitik und eine wirksame Rückführungspolitik zentrale Elemente einer gut gesteuerten Asyl- und Migrationspolitik unter Achtung der menschlichen Würde sein.

Die Ratspräsidentschaft wird sich für die Förderung angemessener Arbeitsbedingungen für Bürger von Drittländern in der EU und zur Unterstützung eines reibungslosen und unbürokratischen Zugangs für Migranten einsetzen, die eine hochqualifizierte Arbeitsstelle in der EU antreten und die Bedingungen für eine Aufenthaltsgenehmigung erfüllen. Schließlich muss eine bessere Grundlage für einen ganzheitlichen Ansatz zur Förderung der Integration gelegt werden, beispielsweise durch den Austausch von Informationen und die Einführung gemeinsamer Lösungen in der EU.

Lebensmittelsicherheit und Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren

Der Zugang zu sicheren und gesunden Nahrungsmitteln ist ein wichtiger Bestandteil des allgemeinen Verbraucherschutzes. Es ist entscheidend, dass die gemeinsamen Regelungen für die Lebensmittelsicherheit vom Erzeuger bis zum Verbraucher eingehalten werden. In diesem Zusammenhang wird die dänische Ratspräsidentschaft sich unter anderem für die Sicherstellung eines modernisierten Fleischuntersuchungssystems und

einer verbesserten artgerechten Tierhaltung einsetzen.

Die Ratspräsidentschaft wird außerdem die Arbeit an Initiativen aufnehmen, die eine bessere Koordinierung der Notfallvorsorge und -abwehr bei schweren grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren sicherstellen soll. Der Ausgangspunkt liegt dabei im Vorschlag der Kommission für ein Paket zu Gesundheitsgefahren. Krankheiten und die Antibiotikaresistenz kennen keine Landesgrenzen, und das zunehmende Auftreten von Resistenz als Folge der verstärkten Anwendung von Antibiotika bei Menschen und Tieren stellt in der EU ein Problem dar. Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird daran gearbeitet, eine vernünftige Anwendung von Antibiotika und eine bessere Überwachung der Einnahme von Antibiotika zu fördern, um dadurch zur Minderung des Problems der Antibiotikaresistenz beizutragen.

Stärkung der Katastrophenschutzkapazitäten der Union

Naturkatastrophen und menschengemachte Katastrophen wie Waldbrände, Überschwemmungen und Terroranschläge haben zunehmend Auswirkungen auf die Sicherheit der Bürger und erfordern eine weitere Verstärkung der Bemühungen der Union im Bereich der Minderung von Katastrophenrisiken und der Katastrophenhilfe – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Grenzen der EU.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird gezielte Anstrengungen unternehmen, um die Instrumente für den Katastrophenschutz der EU zu stärken und zu verbessern.

Fortgesetzte Erweiterung der EU und verstärkte Beziehungen zu Nachbarregionen

Die Beziehungen mit den Nachbarn der EU werden während der dänischen Ratspräsidentschaft aktiv unterstützt. In den Erweiterungsverhandlungen wird die dänische Ratspräsidentschaft zur Umsetzung einer verantwortungsvollen Erweiterungspolitik auf Grundlage der Kopenhagener Kriterien, des Grundsatzes des eigenen Verdienstes und der Aufnahmefähigkeit der EU als Basis der Verhandlungen mit Kandidatenländern beitragen. Außerdem wird sich die Ratspräsidentschaft auf die Umsetzung der überarbeiteten Nachbarschaftsstrategie konzentrieren. Es wird daran gearbeitet, mehr Flexibilität, eine zunehmende Verdienstorientierung und mehr Einheitlichkeit in den Bemühungen der EU in den südlichen und östlichen Nachbarregionen zu fördern. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den südlichen Nachbarstaaten wird die dänische Ratspräsidentschaft den Diskussionen um eine weitere Liberalisierung des Handels und von Migrationsaspekten beispielsweise im Rahmen des überarbeiteten weltweiten Ansatzes der EU zur Migration Priorität geben.

Starkes gemeinsames Handeln der EU

Mit dem Ziel, zu einer einheitlichen EU beizutragen, die sich auch nach außen hin auf grundlegende und universelle Werte stützt, wird die dänische Ratspräsidentschaft die Arbeit des ständigen Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin der Union für Außenbeziehungen und Sicherheitspolitik zur Stärkung der Außenbeziehungen der EU aktiv unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Beziehungen zu den Nachbarn der EU, den strategischen Partnern der EU und den Partnerländern unter den Entwicklungsländern. Der Schwerpunkt wird auf einer zunehmenden Ergebnisorientierung, mehr Transparenz und Kohärenz der Politik der EU zugunsten der Armen in der Welt liegen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich auch dafür einsetzen, die Verflechtung der humanitären Einsätze und langfristigeren Entwicklungsprogramme der EU zu fördern.

Die EU muss bei internationalen Verhandlungen mit einer Stimme sprechen. Die Präsidentschaft wird daran arbeiten, ein entschiedenes gemeinsames Handeln der EU in Außenbeziehungen zu sichern und den Einfluss der EU durch koordinierte europäische Anstrengungen bei internationalen Foren wie der UN, der G20 und der OSZE zu stärken. Die dänische Ratspräsidentschaft wird einen Schwerpunkt auf die Stärkung der EU-Koordinierung vor den Tagungen

legen. Auch in Bezug auf die neuen aufstrebenden Wirtschaftsmächte wie China, Indien und Brasilien ist es wichtig, dass die EU auf koordinierte und einheitliche Weise effektiv agieren kann.

Gleichzeitig werden die Klimaziele der EU, die Entwicklung grüner Technologien, eine nachhaltige soziale Entwicklung und die Ausweitung

erneuerbarer Energien ein Dynamo für den Übergang zu einer nachhaltigeren Weltwirtschaft sein. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, sicherzustellen, dass umwelt- und entwicklungstechnische Überlegungen in der Zeit vor der UN-Konferenz über eine nachhaltige Entwicklung, die im Juni 2012 in Rio de Janeiro stattfindet, eine zentrale Rolle zugeschrieben wird.

Ratsformationen

Allgemeine Angelegenheiten

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten übernimmt eine Reihe von Querschnitts- und Koordinierungsaufgaben. Dazu gehören unter anderem die Vorbereitung von Tagungen des Europäischen Rates sowie die Behandlung bereichsübergreifender Angelegenheiten wie dem Mehrjährigen Finanzrahmen, der EU-Erweiterung und die EU-Institutionen betreffende Themen. Ein starker und kompetenter Rat für Allgemeine Angelegenheiten ist deshalb von entscheidender Bedeutung, um eine dynamische EU mit einer koordinierten Politik und gut funktionierenden und gemeinsam arbeitenden Institutionen sicherzustellen. Im Rat für Allgemeine Angelegenheiten wird die Ratspräsidentschaft den folgenden Themen Priorität geben:

- Sicherstellung einer effektiven Vorbereitung der Tagungen des Europäischen Rates.
- Sicherstellung des Fortschritts der Verhandlungen über den

Mehrjährigen Finanzrahmen.

- Sicherstellung des Vorankommens der Verhandlungen über die EU-Erweiterung.

Vorbereitung der Tagungen des Europäischen Rates

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten ist für die Vorbereitung und Nachverfolgung der Tagungen des Europäischen Rates verantwortlich, der die **allgemeine Ausrichtung der Politik und die Prioritäten** der europäischen Zusammenarbeit vorgibt. In den letzten Jahren hat der Europäische Rat vor allem im Umgang mit der Wirtschaftskrise und der Staatsschuldenkrise eine Schlüsselrolle gespielt. Zu Beginn der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat für Allgemeine Angelegenheiten außerdem die Arbeit des Europäischen Rates zum Internationalen Abkommen über eine verstärkte Wirtschaftsunion vorbereiten müssen. In enger Zusammenarbeit mit dem ständigen

Präsidenten des Europäischen Rates wird die dänische Ratspräsidentschaft für die Vorbereitung der Tagungen des Europäischen Rates sorgen, die es dem Europäischen Rat ermöglichen, seine Handlungs- und Beschlussfassungsfähigkeit zu demonstrieren, um die EU voranzubringen.

Der Mehrjährige Finanzrahmen

Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU bildet die Grundlage für den **Jahreshaushalt der EU** und gibt für mehrere Jahre Gewissheit in Bezug auf die Finanzsituation der EU. Die Verhandlungen sind auch für die grundlegende Ausrichtung und Prioritätensetzung der Zusammenarbeit von allgemeiner Wichtigkeit. Der aktuelle Mehrjährige Finanzrahmen läuft im Jahr 2013 aus, weshalb die komplexen Verhandlungen über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen eine der Hauptaufgaben der dänischen Ratspräsidentschaft sein werden. Der Rat hat deshalb als Forum für Diskussionen eine wichtige Aufgabe zu diesem Thema zu erfüllen, das von umfassender und bereichsübergreifender Bedeutung für viele andere Bereiche ist. Die Staats- und Regierungschefs der EU beschlossen am 9. Dezember 2011 im Europäischen Rat, dass die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen bis Ende 2012 abgeschlossen werden sollen.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird anstreben, den Verhandlungen Impulse zu geben, um die nötige Vorarbeit für die abschließenden Verhandlungen zu leisten.

Die endgültige Vereinbarung des Europäischen Rates wird im Rat für Allgemeine Angelegenheiten vorbereitet. Die Verhandlungen über die Finanzierung der EU-Ausgaben müssen gleichzeitig mit den Verhandlungen über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen stattfinden.

Im Rahmen der Verhandlungen wird der Rat unter anderem den Umfang und die Flexibilität des Gesamtbudgets, die Prioritätensetzung in der Ausgabenpolitik sowie die Aufteilung von Mitteln zwischen den Mitgliedstaaten und die Finanzierung des EU-Haushalts einschließlich der Frage des Einnahmensystems der EU und des Korrektur-/Ausgleichsmechanismus, verhandeln.

Ebenso wird der Rat parallel zu den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen Verhandlungen über **die zukünftige Kohäsionspolitik der EU** führen, die einen Teil des gesamten Verhandlungskomplexes bildet.

Die europäische Kohäsionspolitik hat zum Ziel, die harmonische Entwicklung der EU als Ganzes zu fördern. Durch die Kohäsionspolitik strebt die EU die Verringerung des Unterschiedes zwischen den Entwicklungsniveaus der verschiedenen Regionen an.

In Zusammenhang mit den Verhandlungen über die zukünftige Kohäsionspolitik wird der Rat Themen wie den institutionellen Rahmen der Kohäsionspolitik, die Planungs- und Managementgrundsätze und die Überwachung

und Auswertung der Kohäsionspolitik ansprechen.

Die neuen Regelungen des Strukturfonds werden nicht verabschiedet, bevor eine Einigung über den Mehrjährigen Finanzrahmen erreicht wurde. Zum ersten Mal müssen die Regelungen gemäß dem Standardentscheidungsverfahren verabschiedet werden, das dem Europäischen Parlament mehr Einfluss einräumt als früher.

Erweiterung

Die Aussicht auf einen Beitritt zur EU ist nach wie vor ein starker Anreiz für Kandidatenländer, schwierige und umfassende Reformen einzuführen. Die Kandidatenländer und andere Länder, die eine EU-Mitgliedschaft anstreben, nähern sich somit europäischen Standards der Gesellschaftsstruktur und der Wirtschaft an. Historisch betrachtet ist die Erweiterung eine der erfolgreichsten Strategien der EU. Das umfassende Erweiterungsüberkommen, das im Dezember 2002 erreicht wurde, wurde während der dänischen Ratspräsidentschaft 2002 zum Abschluss gebracht. Im Jahr 2012 wird die fortwährende Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik weiterhin eine Priorität Dänemarks sein.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird die Erweiterungspolitik auf Basis des Grundsatzes der eigenen Verdienste der Länder als Grundlage für den Fortschritt der Verhandlungen weiterführen. Vor dem Hintergrund dieses Ansatzes wird die dänische

Ratspräsidentschaft sich für eine Weiterführung der Erweiterungsverhandlungen mit Island einsetzen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird außerdem die Fortsetzung der Erweiterungsverhandlungen mit der Türkei und die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Türkei und der EU unterstützen. Auf Grundlage der im Fortschrittsbericht 2011 gegebenen Empfehlungen und der Erörterung des Europäischen Rates im Dezember 2011 wird die EU unter der dänischen Ratspräsidentschaft weitere Schritte diskutieren müssen, die in Bezug auf die Annäherung Serbiens und Montenegros unternommen werden sollen, und hierzu gegebenenfalls Entscheidungen treffen. Schließlich wird die Ratspräsidentschaft die Konsolidierung Kroatiens und die weitergeführten Reformanstrengungen des Landes überwachen, nachdem am 9. Dezember 2011 der Beitrittsvertrag mit Kroatien unterzeichnet wurde.

Interinstitutionelle Beziehungen

Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich für die Förderung einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den EU-Institutionen und für gut funktionierende EU-Institutionen einsetzen, darunter beispielsweise ein gut funktionierendes Gerichtssystem, das sowohl für die Bürger wie die Unternehmen in Europa wichtig ist.

Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird sich der Rat mit dem ersten Fortschrittsbericht der Hohen Vertreterin über die Arbeitsweise des

Europäischen Auswärtigen Dienstes beschäftigen müssen. Die dänische Ratspräsidentschaft strebt an, zur weiteren Konsolidierung des Europäischen Auswärtigen Dienstes beizutragen, um die globale Rolle der EU auf Basis des größtmöglichen Wirksamkeitsgrades zu stärken.

Sicherheit

Im Frühjahr 2011 leitete der Europäische Rat vor dem Hintergrund des Unglücks in Japan einen Prozess zur EU-weiten Durchführung einer

umfassenden Gefahren- und Sicherheitsbeurteilung von Atomkraftwerken (.Stresstests') ein, um zu überprüfen, ob diese dafür gerüstet sind, Naturkatastrophen und Terroranschlägen standzuhalten. Als Fortsetzung dieses Prozesses muss der Rat seine Untersuchungen während der dänischen Ratspräsidentschaft abschließen. Bei diesem Unternehmen ist es von äußerster Wichtigkeit, dass die Nachuntersuchung auf den strengst möglichen Sicherheitsstandards basiert.

Auswärtige Angelegenheiten

Die dänische Ratspräsidentschaft wird die Arbeit der Hohen Vertreterin der Union für Außenbeziehungen und Sicherheitspolitik und den fortgesetzten Aufbauprozess des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) aktiv unterstützen und einen besonderen Schwerpunkt darauf legen, die größtmögliche Effektivität sicherzustellen. Durch die Hohe Vertreterin und den EAD einschließlich der EU-Vertretungen in Drittländern wurde eine festere Basis für die Verfolgung eines stärker integrierten Ansatzes zur Förderung europäischer Interessen, Werte und Prioritäten geschaffen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich für eine Stärkung der bereichsübergreifenden strategischen Kohärenz zwischen den Bereichen der Außenpolitik der EU einsetzen, indem sichergestellt wird, dass:

- die Kohärenz zwischen den verschiedenen Politikbereichen durch das gegenseitige Zusammenspiel der Akteure im Bereich der Außenpolitik erhöht wird.
- die EU-Entwicklungspolitik nach wie vor mit dem Schwerpunkt auf der Armutsbekämpfung verlängert wird.
- die EU ihre handelspolitischen Beziehungen als aktives Instrument in der Arbeit für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa einsetzt.

Mehr Kohärenz zwischen den Bereichen der EU-Außenpolitik

Die dänische Ratspräsidentschaft strebt an, die Bemühungen der EU-Institutionen und der ständigen Büros dabei zu unterstützen, mehr Koordination zwischen europäischen und nationalen Bemühungen und mehr Synergien und Kooperation zwischen bestehenden Institutionen und Strukturen sicherzustellen. Ziel ist es, zur Förderung einer kohärenten EU beizutragen, die sich auch in ihren Außenbeziehungen auf grundlegenden und universellen Werten gründet.

Der Europäische Auswärtige Dienst trägt dazu bei, die dynamische Kraft der EU-Außenpolitik zu stärken, und ist ein wichtiges Instrument der europäischen Länder in einer globalisierten Welt. Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat den ersten Fortschrittsbericht der Hohen Vertreterin über die Arbeitsweise des EAD prüfen. Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat eine Besprechung hinsichtlich des Inhalts der Rechtsgrundlage für **die Finanzierung außenpolitischer Maßnahmen** im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU für den Zeitraum 2014-2020 einleiten. Jedes Finanzierungsinstrument wird unter anderem die Einrichtung des EAD und die Verantwortung der Hohen Vertreterin für die Gewährleistung der allgemeinen politischen Koordinierung der außenpolitischen Strategien berücksichtigen. Im Einklang mit neuen und kohärenteren Bemühungen sollte die EU auch in der Lage sein, in Bezug auf Krisensituationen, Katastrophen und geschwächte Staaten effektiver und flexibler zu handeln.

Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat in enger Zusammenarbeit mit der Hohen Vertreterin und der Kommission an einer Verbesserung der Abwehr von Naturkatastrophen, der Lebensmittelsicherheit und mehr Kohärenz zwischen der humanitären Hilfe und der Entwicklungspolitik bei länger andauernden Krisen arbeiten. Es ist

wichtig, dass die **humanitären Einsätze der EU** wirksam und kohärent sind und dass **die europäischen Katastrophenschutzkräfte** schnell und auf gut koordinierte Weise handeln. Die Ratspräsidentschaft unterstützt das Gesetzgebungsverfahren für ein neues humanitäres Freiwilligenkorps und die Bemühungen zur Förderung von mehr Synergien zwischen humanitären Einsätzen und dem Katastrophenschutz, wozu eine verstärkte Katastrophenschutzkapazität der EU auf Grundlage einer flexiblen Nutzung von Einsatzressourcen der Mitgliedstaaten gehört. Die Ratspräsidentschaft unterstützt die Rolle der UN als übergreifender Koordinator von Katastrophenhilfe bei Naturkatastrophen und Krisen.

Die europäische **Nachbarschaftspolitik** ist ein wichtiges Instrument, um gute Beziehungen mit den Nachbarländern der EU sowie die Entwicklung in diesen Ländern zu sichern. Die Nachbarschaftspolitik muss dazu beitragen, es der EU zu ermöglichen, ein attraktiver Partner für Nachbarländer zu sein, etwa durch die Sicherung von mehr Handel, einer verstärkten Zusammenarbeit im Energiebereich und den umfangreichen Aufbau von Institutionen. Die Ratspräsidentschaft wird außerdem in den Vordergrund rücken, dass die Zusammenarbeit auf Bedingtheit und Verdiensten basieren muss (*"more for more"*). Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich weiterhin auf diesen Aspekt sowie die fortgeführte Einführung einer

überarbeiteten Nachbarschaftsstrategie konzentrieren. Die dänische Ratspräsidentschaft wird besondere Anstrengungen unternehmen, um die Liberalisierung des Handels mit den europäischen Nachbarn im Osten und Süden zu fördern.

Von einer Stärkung der Beziehungen mit den **strategischen Partnern** werden sowohl die EU als auch ihre Partner profitieren. Insbesondere wird die dänische Ratspräsidentschaft sich dafür einsetzen, die notwendige interne Koordinierung unter den EU-Mitgliedstaaten und mit den entsprechenden europäischen Institutionen sicherzustellen. Die Ratspräsidentschaft strebt vor allem an, das Potential für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa zu unterstützen. Gleichzeitig stellen die Werte, auf denen sich die EU gründet, auch in den Beziehungen zu den strategischen Partnern den Ausgangspunkt für die Bemühungen dar, ein effektiver globaler Akteur zu werden.

Die EU muss bei den Maßnahmen zur Bekämpfung des **Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus** vorangehen, um das Leben und die Freiheit ihrer Bürger zu schützen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, sicherzustellen, dass die EU die bestmögliche Kohärenz zwischen EU-internen und nach außen gerichteten Maßnahmen erreicht, und dass wirksame Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung mit der Achtung der Grundrechte einhergehen.

Erneuerung der EU-Entwicklungspolitik

Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat die EU-Entwicklungspolitik so erneuern müssen, dass sie zu einer effektiveren Reaktion auf globale Herausforderungen wie den Klimawandel, die Migration, die Gleichstellung der Geschlechter, die Sicherheit und die Folgen der Finanzkrise fähig ist. Die Ratspräsidentschaft wird sicherstellen, dass die EU ihre Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungshilfe einhält, und setzt sich dafür ein, dass die Entwicklungszusammenarbeit der EU wirksamer, gezielter und ergebnisorientierter wird und auf gegenseitiger Verantwortung beruht. Der Möglichkeit der europäischen Bürger zur Ausübung und Durchsetzung ihrer Rechte muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Budgethilfe ist ein wichtiger Teil der Entwicklungshilfe der EU, und es sollte überlegt werden, wie der Einsatz dieser Form der Hilfe gestärkt werden kann. Eine enge Absprache mit der Hohen Vertreterin der Union für Außenbeziehungen und Sicherheitspolitik und der Kommission ist wichtig, um eine möglichst hohe Kohärenz zwischen der Außenpolitik der EU und Instrumenten für die Entwicklung in den ärmsten Ländern der Welt zu gewährleisten.

Die Umwelt- und Entwicklungspolitikagenda wird auf der **UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (Rio+20)** eine zentrale Rolle spielen. Die

dänische Ratspräsidentschaft setzt sich dafür ein, sicherzustellen, dass sich die EU aktiv und konstruktiv an diesem Prozess beteiligt und somit dazu beiträgt, ehrgeizige und entwicklungsorientierte Ergebnisse zu sichern. Ziel ist es, den politischen Willen zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung zu stärken.

EU-Handelspolitik als Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung

Die Handelspolitik der EU ist ein unverzichtbares Mittel zur Stimulierung von Wachstum und Beschäftigung im von der Wirtschaftskrise geschüttelten Europa. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die EU ihre Stellung als einer der wichtigsten Wirtschaftsräume der Welt beibehält und ausbaut. Gleichzeitig muss die EU versuchen, die Liberalisierung umweltschonender und klimafreundlicher Produkte über handelspolitische Angelegenheiten hinweg zu fördern. Im Bereich der Handelspolitik setzt die dänische Ratspräsidentschaft deshalb die folgenden Prioritäten:

- **Ein verbesserter Marktzugang** zu den BRIC-Ländern und den neuen aufstrebenden Wirtschaften, einschließlich Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Brasilien und den anderen Mercosur-Ländern, Russlands Aufnahme in die WTO, ein Freihandelsabkommen mit Indien und die mögliche Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit China.

- Handel und Entwicklung. Der Rat wird voraussichtlich Schlussfolgerungen zu Handel und Entwicklung verabschieden. Die Ratspräsidentschaft muss unter anderem die **APS-Verordnung** über besondere Zollpräferenzen für Entwicklungsländer verhandeln.
- Eine Einigung des Rates bezüglich der Einleitung von Verhandlungen zwischen der EU und Japan über ein **Freihandelsabkommen**, das sowohl aus kommerzieller wie aus strategischer Sicht im Interesse beider Parteien liegt.
- Außerdem muss die Stärkung der multilateralen Handelssysteme, einschließlich der **WTO-Verhandlungen** in Bezug auf die Doha-Entwicklungsrunde, Priorität erhalten. Die Ratspräsidentschaft wird dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit des WTO-Systems als Bollwerk gegen den Protektionismus und als Instrument zur Integration von Entwicklungsländern in den Welthandel zu stützen.
- Schließlich wird sich die dänische Ratspräsidentschaft in besonderem Maß dafür einsetzen **die Liberalisierung des Handels mit den Nachbarländern der EU** zu fördern, insbesondere durch Verhandlungen über weitreichende und tiefgehende Freihandelsabkommen.

Darüber hinaus wird eine der wichtigsten Aufgaben der dänischen

Ratspräsidentschaft darin bestehen, eine Reihe von Gesetzgebungs- und Handelsfragen zu behandeln, beispielsweise den Beitritt der EU zu einem Freihandelsabkommen mit Kolumbien-Peru und Zentralamerika sowie die Einführung dieses Abkommens. Die Ratspräsidentschaft wird vor dem Hintergrund des Vertrags von

Lissabon Wert auf die Einbeziehung des Europäischen Parlaments in die Verhandlungen im Bereich der Handelspolitik sowie auf die Frage des Zugangs zum EU-Markt für das öffentliche Auftragswesen für Drittstaaten im Zusammenhang mit den europäischen Richtlinien zum öffentlichen Auftragswesen legen.

Wirtschaft und Finanzen

Der ECOFIN-Rat ist für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten verantwortlich und damit auch für ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der Schuldenkrise. Durch Vereinbarungen, die im Herbst und zum Ende des Jahres 2011 getroffen wurden, haben die Mitgliedstaaten einen wichtigen Schritt in Richtung einer gezielten Krisenbewältigung unternommen. In Zukunft muss sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die Umsetzung dieser Vereinbarung und die kürzlich eingeführte Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung konzentrieren. Dadurch wird Europa in die Lage versetzt, neue Krisen zu verhindern, die Gefahr für eine erneute Eskalation der Schuldenkrise zu minimieren, das Potential für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu stärken und den Übergang zu einer grüneren und nachhaltigeren Wirtschaft zu bewirken.

Der Prozess der praktischen Umsetzung der Reform der

wirtschaftspolitischen Steuerung und die Arbeit am Internationalen Abkommen über eine verstärkte Wirtschaftsunion sowie die beiden Verordnungsentwürfe der Kommission über eine verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung vom 23. November 2011 werden während der dänischen Ratspräsidentschaft im Mittelpunkt der politischen Tagesordnung stehen. Die Reform soll eine bessere Einhaltung und Durchsetzung gemeinsamer finanzpolitischer Grundregeln und einen stärkeren nationalen finanzpolitischen Rahmen sicherstellen. Die Ratspräsidentschaft wird sich auch für eine effektive Umsetzung der neuen Zusammenarbeit bei makroökonomischen Ungleichgewichten einsetzen. Ziel ist es, eine unhaltbare Wirtschaftstendenz frühzeitig abzuwenden und dadurch zu verhindern, dass sie sich zu größeren und langwierigeren Rückschritten ausweitet. Das Reformziel einer gesünderen Umweltpolitik ist zusammen mit einem erneuerten Fokus auf Strukturreformen eine Voraussetzung für die Stärkung des

Wachstumspotentials der europäischen Volkswirtschaften.

Im ECOFIN-Rat setzt die Ratspräsidentschaft die folgenden Prioritäten:

- Die Bewältigung der Wirtschaftskrise einschließlich einer wirksamen Einführung der verstärkten wirtschaftspolitischen Steuerung sowie die Umsetzung der auf dem Gipfeltreffen am 9. Dezember 2011 getroffenen Entscheidungen.
- Schnelle und wirksame Einführung der Reformen zur Finanzregulierung.
- Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich Steuern, zum Beispiel bei der Energiebesteuerung und einer wirksamen Besteuerung von Ersparnissen in anderen Ländern durch den Austausch von Informationen.
- Vertretung der Mitgliedstaaten auf Tagungen der G20.

Verstärkte wirtschaftspolitische Steuerung – Konsolidierung und Reformagenda

Die EU hat eine historische **Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung** verabschiedet. Die Reform umfasst unter anderem die Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und die Stärkung nationaler Haushaltsrahmen sowie eine neue Zusammenarbeit zur Bewältigung makroökonomischer Ungleichgewichte. Während der

dänischen Ratspräsidentschaft wird zum ersten Mal nach der Einführung der Reform ein vollständiger Zyklus des Europäischen Semesters stattfinden (auch ‚*Sechserpack*‘ genannt).

Hohe Priorität wird darauf liegen, sicherzustellen, dass die Einführung der Reform in der Praxis zu einer besseren Einhaltung der gemeinsamen Grundregeln beiträgt und damit zu gesünderen Staatsfinanzen führt, die eine entscheidende Basis für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung, Wachstum und Beschäftigung und für die Entwicklung einer grünen Wirtschaft sind. Im Zusammenhang mit der Einführung der Reform legt die dänische Ratspräsidentschaft Wert auf die Umsetzung bestehender Konsolidierungspläne und -empfehlungen, um sowohl die **Glaubwürdigkeit** der Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung zu stärken als auch die Gefahr zu minimieren, dass sich die derzeitige Schuldenkrise weiter ausbreitet. Die dänische Ratspräsidentschaft wird außerdem Wert auf die Arbeit am Wettbewerbsfähigkeitspakt (dem *Euro-Plus-Pakt*) legen, dem die Länder der Eurozone und sechs Länder, die nicht der Eurozone angehören, beigetreten sind, um einen stärkeren Schwerpunkt auf die wichtigsten Reformen für mehr Beschäftigung, zukunftsfähige Staatsfinanzen, mehr Wettbewerbsfähigkeit und Finanzstabilität zu legen.

Der Rat wird den Wirtschaftsgipfel des Europäischen Rates am 1.-2. März 2012

vorbereiten müssen. Auf dem Gipfel wird der Europäische Rat allgemeine Wirtschaftsempfehlungen zur makroökonomischen Politik, Finanzpolitik und Strukturpolitik aussprechen, unter anderem auf Grundlage des Jahreswachstumsberichts der Kommission. Die Empfehlungen sollen als Anregung für die Vorbereitungen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Länder sowie der nationalen Reformprogramme, einschließlich eventueller Ankündigungen im Rahmen des Wettbewerbsfähigkeitspaktes, dienen. Die Beurteilung der Programme und der Arbeit zur Einhaltung der Empfehlungen durch die Länder, die Konsolidierungsarbeiten zum Erreichen der mittelfristigen Haushaltsziele sowie die Haushalts- und Reformpläne zur Sicherstellung der finanzpolitischen Nachhaltigkeit haben für die dänische Ratspräsidentschaft hohe Priorität. Vor dem Hintergrund dieser Programme wird der Rat auf seiner Tagung im Juni 2012 Erklärungen und länderspezifische Empfehlungen verabschieden, denen der Europäische Rat bei seinem Gipfeltreffen am 28.-29. Juni 2012 zustimmen muss. Es ist wichtig, dass die Beurteilung der nationalen Programme der Länder zu integrierten, kohärenten Empfehlungen führen, die die betreffenden Reformbereiche für einzelne Länder erkennen und die Konsolidierungsagenda stützen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird dazu beitragen, die Agenda in Bezug auf Strukturreformen für Wachstum, Beschäftigung und eine zukunftsreiche Finanzpolitik in der EU zu fördern,

unter anderem auf Grundlage der **Strategie Europa 2020** der EU.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird die Überprüfung der Umsetzung der **länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Verfahrens bei übermäßigen Defiziten betonen**. 2011 war das erste Jahr, in dem alle Länder Empfehlungen und Hinweise dazu erhalten haben, wo strukturelle Haushaltsverbesserungen verstärkt und eingeführt werden sollten. Während der dänischen Ratspräsidentschaft werden die Kommission und der Rat zum ersten Mal auf Grundlage der vorliegenden Zahlen für die Staatsfinanzen im Jahr 2011 sagen können, ob die Konsolidierung der Mitgliedstaaten auf dem richtigen Weg ist. Im Besonderen wird der Rat über eine potentielle Abschaffung des Defizitverfahrens oder über neue Schritte im Verfahren für die einzelnen Länder entscheiden können.

Außerdem wird der Rat zum ersten Mal das neue **Verfahren für übermäßige makroökonomische Ungleichgewichte** besprechen müssen. Es wird erwartet, dass die Kommission ihre Beurteilung der Frage, ob es Länder mit einem übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewicht gibt, vorlegen wird. Die Beurteilung wird auf Grundlage der Berechnung einer Tabelle von Indikatoren, die potentielle Ungleichgewichte anzeigt, und einer eventuellen anschließenden detaillierten Auswertung erfolgen. Schließlich wird der Rat potentielle Ungleichgewichte bewerten und gegebenenfalls Empfehlungen

aussprechen müssen, in denen angegeben wird, welche Maßnahmen die betroffenen Länder ergreifen sollten, um die Ungleichgewichte auszugleichen.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, eine effektive und gründliche Vorbereitung der **Tagung der Finanzminister und Zentralbankchefs der G20** durch den Rat sicherzustellen, da sich diese Tagungen während der Krise als wichtiges internationales Forum für Besprechungen zu Wirtschaft und Finanzen entwickelt haben. Es ist wichtig, dass die EU in der G20 eine geschlossene Position vertritt und dass die gemeinsame Vertretung der EU die übergreifenden Interessen der Mitgliedstaaten verfolgt.

Verstärkte Finanzregulierung

Die Finanzkrise hat die Notwendigkeit für eine verstärkte Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors offenbart. Die dänische Ratspräsidentschaft wird dieser Arbeit deshalb hohe Priorität einräumen. Die Ratspräsidentschaft wird sich für eine Einigung des Rates über den Vorschlag der Kommission zu einer Überarbeitung der Kapital- und Liquiditätsanforderungen für Kreditinstitute (CRF4) einsetzen, die die **Basel III-Standards** in EU-Gesetzgebung umsetzt. Die dänische Ratspräsidentschaft wird eine Einigung im Rat zur Revision der Verordnung über Kreditratingagenturen anstreben. Die dänische Ratspräsidentschaft wird darüber hinaus andere Finanzangelegenheiten vorantreiben, darunter die Regelungen

für Märkte für Finanzinstrumente etc. (MiFID) und die Regelungen zum Marktmissbrauch (MAR). Außerdem wird die Ratspräsidentschaft den Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur Regulierung des Derivatehandels (EMIR) Priorität geben. Darüber hinaus wird die dänische Ratspräsidentschaft sich allgemein für die Verbesserung des Schutzes **europäischer Verbraucher gegenüber dem Finanzsektor einsetzen**. Es wird auch erwartet, dass die Ratspräsidentschaft sich um Fortschritte in Bezug auf den in Kürze zu veröffentlichenden Vorschlag der Kommission zum Krisenmanagement im Finanzsektor bemüht.

Besteuerung

Im **Bereich der Besteuerung** wird sich die dänische Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, dass erhebliche Fortschritte bei der Verabschiedung technischer Änderungen der Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen und ähnlichen Änderungen von Vereinbarungen mit relevanten Drittstaaten gemacht werden. Das übergreifende Ziel ist es, durch den Austausch von Informationen eine effektive Besteuerung von Ersparnissen zu sichern, die in anderen Ländern innerhalb und außerhalb der EU angelegt wurden. Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft die Erwägungen des Rates über den Vorschlag der Kommission für eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage für Unternehmen unterstützen, die die Kosten für Unternehmen, die auf dem Binnenmarkt operieren, verringern soll. Eine besondere

Priorität der dänischen Ratspräsidentschaft liegt außerdem auf der Sicherstellung erheblicher Fortschritte bei der Arbeit zum Vorschlag der Kommission für eine Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie zu erreichen, die die Ziele der EU in den Bereichen Klima und Energie widerspiegeln soll. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich außerdem für eine Revision der Richtlinie über Zinsen und Lizenzgebühren einsetzen.

Der EU-Haushalt

Unter anderem abhängig von den Fortschritten der Arbeit am Mehrjährigen Finanzrahmen kann die Angelegenheit während der dänischen Ratspräsidentschaft auf die Tagesordnung des ECOFIN gesetzt werden, um sicherzustellen, dass auch die Wirtschafts- und Finanzminister der EU relevante Aspekte im Lichte des erheblichen finanziellen Einflusses der Angelegenheit auf die Mitgliedstaaten besprechen.

Wettbewerbsfähigkeit

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit beschäftigt sich mit den Bereichen ‚Binnenmarkt‘, ‚Industrie‘ und ‚Forschung‘. Das Ziel dieses Rates ist es, einen ganzheitlichen Ansatz zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum in der EU sicherzustellen. In diesem Zusammenhang möchte die Ratspräsidentschaft die folgenden Prioritäten setzen:

- Arbeit für das Vorankommen bestimmter Leitinitiativen der Strategie Europa 2020 und für die gesicherte Erreichung der damit zusammenhängenden Ziele. Die Leitinitiativen sollen die Grundlage für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Europa bilden.
- Die Binnenmarktakte, die zur Freisetzung des Wirtschafts- und Wachstumspotentials des Binnenmarktes beitragen wird.
- Die Arbeit zum Aufbau eines echten digitalen Binnenmarktes.
- Die Arbeit zur Schaffung des bestmöglichen Rahmens für Forschung und Innovation – ‚Horizont 2020‘.

Binnenmarkt

Der neue Anstoß des Binnenmarktes ist ein wichtiges Element der Strategie Europa 2020. Ein stärkerer, erweiterter und modernisierter Binnenmarkt ist eine Voraussetzung für die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit Europas. Die Förderung der 12 Hebel der **Binnenmarktakte** haben für die dänische Ratspräsidentschaft Priorität, damit die Rahmenbedingungen für den Binnenmarkt auf bestmögliche Weise strukturiert sind und voll ausgeschöpft werden.

Die Ratspräsidentschaft wird die Bemühungen zur Einführung eines

einheitlichen Patentsystems und den Aufbau eines **einheitlichen europäischen Patentgerichtssystems vorantreiben**. Ziel ist es, die Grundlage für Innovation zu stärken und dazu beizutragen, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf globaler Ebene zu fördern.

Ein digitaler Binnenmarkt mit einem verstärkten grenzüberschreitenden Handel wird die Produktivität ankurbeln und zu wettbewerbsfähigeren Lösungen zugunsten von Unternehmen, Verbrauchern und Behörden führen. Deshalb hat es für die dänische Ratspräsidentschaft Priorität, dass die EU sich zügig in Richtung eines echten digitalen Binnenmarktes bewegt. Der Rat wird am Abbau von Hürden und der Verbesserung des E-Commerce in der EU arbeiten müssen, zum Beispiel durch einen besseren Zugang für Verbraucher zu **alternativen Streitbeilegungssystemen**, auch über das Internet.

Die Modernisierung und Verbesserung der Effizienz der EU-Regelung des öffentlichen Auftragswesens ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Wettbewerb in der EU. In den Verhandlungen wird die Ratspräsidentschaft der Vereinfachung und erhöhten Flexibilität der Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen Priorität geben, einschließlich der Beachtung kleiner und mittelständischer Unternehmen sowie der Frage, wie die Regelungen des öffentlichen Auftragswesens der EU besser dazu beitragen können, das Ziel

der Strategie Europa 2020 zur Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum und Innovation in der EU zu erreichen.

Außerdem ist das **Standardisierungssystem** ein wichtiges Instrument für die EU-Regulierung von Waren und Dienstleistungen. Die Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, dass die Standardisierung in stärkerem Maße zur Förderung von Innovation, Wachstum und Handel auf dem Binnenmarkt beiträgt. Ziel ist es, eine neue Grundlage der Regulierung und Finanzierung zu schaffen, die den Schwerpunkt auf Transparenz, Konsens und Qualität legt.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird den Binnenmarkt und die allgemeinen Rahmenbedingungen für Unternehmen stärken. Dazu gehört die Stärkung der Transparenz im Bereich des Unternehmensrechts durch die Vernetzung von Handelsregistern. In diesem Zusammenhang wird der Rat daran arbeiten müssen, die **europäische Bilanzierungsgesetzgebung** zu modernisieren und zu überarbeiten und das Ziel der Strategie Europa 2020 für verantwortungsvolles Wachstum, unter anderem in Form der sozialen Verantwortung von Unternehmen, zu unterstützen.

Innovation und Wachstum sind nur möglich, wenn auf dem Binnenmarkt ein ausreichender Zugang zu **Risikokapital** gegeben ist. Während der dänischen Ratspräsidentschaft liegt der Schwerpunkt deshalb auf dem

Vorschlag der Kommission zum Zugang von Unternehmen zu Risikokapital, so dass insbesondere das Wachstum innovativer kleiner und mittelständischer Unternehmen in Europa gefördert werden kann.

Außerdem wird die Ratspräsidentschaft die Anpassung von neun bestehenden **Produkttrichtlinien** an das Warenpaket der EU aus dem Jahr 2008 unterstützen. Das Ziel ist eine einheitlichere und kohärentere Produktgesetzgebung, um die Einhaltung der Gesetzgebung durch Unternehmen und die Durchsetzung durch Behörden zu verbessern.

Im Zusammenhang mit der Modernisierung der europäischen **Markenregelung** wird die Ratspräsidentschaft die Bemühungen des Rates zur Verbesserung und Stärkung des europäischen Markensystems einleiten. Die Ratspräsidentschaft wird die Arbeit des Rates für eine wirksamere Durchsetzung von gewerblichen Schutzrechten durch die Berücksichtigung des Vorschlags der Kommission unter anderem für eine Revision der Verordnung über die Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum durch die Zollbehörden und des Verordnungsentwurfs über die **Beauftragung des HABM** zur Übernahme bestimmter Aufgaben im Zusammenhang mit dem Schutz geistigen Eigentums voranbringen.

Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft den Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über verwaiste Werke weiterverfolgen.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich für eine **bessere Durchsetzung der Regulierung des Binnenmarktes** einsetzen, einschließlich stärkerer Instrumente für eine bessere Umsetzung, das wirksame und schnelle Lösen von Problemen sowie die administrative Zusammenarbeit. Dies kann beispielsweise durch die Stärkung des Binnenmarktinformationssystems erreicht werden, unter anderem mit dem Ziel einer effektiveren Gestaltung des Systems zur **Anerkennung beruflicher Qualifikationen**.

Industrie

Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat im Rahmen des Europäischen Semesters den Jahreswachstumsbericht der Kommission besprechen, um politische Anregungen für den Frühjahrsgipfel 2012 zu geben.

Außerdem wird der Rat als Teil der Verhandlungen des neuen Mehrjährigen Finanzplans der EU den Schwerpunkt auf das Programm der Kommission für die **Wettbewerbsfähigkeit** von KMU und der Industrie, COSME, legen. Der Ratspräsidentschaft ist es wichtig, den Zugang von KMU zu Finanzierungsmitteln zu gewährleisten. Das Programm steht im Zusammenhang mit dem kommenden Rahmenprogramm für Forschung und Innovation. Wichtig ist die Kohärenz zwischen den Bereichen Forschung und Innovation und der Möglichkeit für Unternehmen zur Kommerzialisierung von Produkten, die den Übergang der EU zu einer nachhaltigen Wirtschaft unterstützen.

Forschung

Als wichtigste Angelegenheit im Bereich Forschung wird der Rat den Vorschlag zu **Horizont 2020** – dem zukünftigen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation – verhandeln müssen. Die Verhandlungen dazu müssen im engen Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen gesehen werden. Ziel des Rahmenprogramms ist die Förderung von Forschung und technologischer Entwicklung in Europa, deren oberstes Ziel das Wachstum ist. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, den Verhandlungen mehr Dynamik zu verleihen und einen größtmöglichen Fortschritt in Richtung einer gemeinsamen Entscheidung des Rates und des Europäischen Parlaments sicherzustellen. Die Ratspräsidentschaft wird daran arbeiten, einen größeren Schwerpunkt auf die Wechselbeziehungen von Forschung, Innovation und Bildung zu legen. *Exzellenz* muss auch weiterhin das grundlegende Prinzip bleiben und soll durch verschiedene Initiativen gestärkt werden, unter anderem durch

einen starken Europäischen Forschungsrat (ERC) und eine europäische Forschungsinfrastruktur von Weltrang. Ebenso wird sich die Ratspräsidentschaft darum bemühen, dafür zu sorgen, dass das Rahmenprogramm sich durch eine stärkere Vereinfachung und Flexibilität auszeichnet – den Voraussetzungen für eine aktivere Beteiligung der Industrie.

Außerdem wird der Rat Änderungen der Verordnung zum **Europäischen Institut für Innovation und Technologie** (EIT) sowie einen Vorschlag für eine **Strategische Innovationsagenda** (SIA) in der Absicht verhandeln müssen, die zukunftsgerichteten Aktivitäten des EIT zu sichern. Der Rat wird sich ebenfalls darum bemühen, Fortschritte bei den einleitenden Verhandlungen über das **Euratom-Programm** (das Forschungsrahmenprogramm für Kernforschung) zu machen. Im Bereich der Raumfahrt wird die Mitteilung der Kommission zum europäischen Programm für den Aufbau einer europäischen Einrichtung zur **Erdbeobachtung**, GMES (Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung), besprochen werden.

Verkehr, Telekommunikation und Energie

Der Zusammensetzung des Rates für Verkehr, Telekommunikation und Energie umfasst wichtige Strategien im Rahmen der Anstrengungen für ein zukunftssicheres Europa. Die Ratspräsidentschaft wird den effektiven, innovativen und umweltfreundlichen Verkehr von Personen und Gütern in Europa unterstützen, um ein hohes Mobilitätsniveau und Wirtschaftswachstum zu erreichen. Der Zugang der EU-Bürger und Unternehmen zum **digitalen Binnenmarkt** muss sichergestellt werden. Dadurch werden Innovation, Mobilität und die Wettbewerbsfähigkeit der EU angeregt. Die Bemühungen der EU im Energiebereich sind entscheidend, um die Energiesicherheit in der EU zu sichern und das Ziel der EU zur Bekämpfung des Klimawandels zu erreichen. Die Ratspräsidentschaft wird deshalb die folgenden Prioritäten setzen:

- Gute Rahmenbedingungen für einen effizienten europäischen Verkehrssektor, um ein hohes Mobilitätsniveau sicherzustellen und somit eine

wichtige Voraussetzung für Wachstum in Europa zu schaffen.

- Internationale wettbewerbsfähige Bedingungen für die europäische Seefahrt und europäische Schiffer.
- Ein digitaler Binnenmarkt und niedrigere Preise sowie mehr Wettbewerb bei Roaming-Dienstleistungen.
- Energieeffizienz und ein gut funktionierender Binnenmarkt für Energie.

Verkehr

Eine effiziente Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln ist von entscheidender Bedeutung, insbesondere zwischen Seewegen, Häfen und Verladestationen sowie Verkehrsmitteln zu Lande. **Das transeuropäische Transportnetzwerk (TEN-T)** spielt für die zukünftige Infrastruktur in Europa eine Schlüsselrolle. Die Arbeit des Rates zur Revision der Richtlinien für das TEN-T und der damit zusammenhängende Vorschlag zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur haben

deshalb für die dänische Ratspräsidentschaft Priorität. Im Zusammenhang mit dem TEN-T und im Rahmen der Diskussionen über den EU-Haushalt wird die Ratspräsidentschaft sich außerdem im besonderen Maße dafür einsetzen, transnationale Verkehrsinfrastrukturprojekte mit den Mitteln für **Connecting Europe** zu fördern.

Darüber hinaus wird der Rat den Vorschlag zu einem **einheitlichen europäischen Eisenbahnraum** besprechen müssen, und durch die Stärkung der Richtlinien des ersten Eisenbahnpakets und die Vereinfachung rechtlicher Vorschriften wird er zur Modernisierung des Eisenbahnsektors in Europa beitragen.

Die Entwicklung eines Satellitensystems für Navigations- und Ortungsdienste (**das Galileo-Projekt**) wird zu einer besseren Steuerung und Kontrolle aller Verkehrsmittel beitragen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird die Arbeit an Galileo mit einem besonderen Schwerpunkt auf einem kompetenten und kosteneffizienten Projektmanagement fortführen.

Der Luftfahrtsektor spielt eine zentrale Rolle für die Mobilität in Europa, und das Flughafenpaket wird Vorschläge für eine Änderung der derzeitigen EU-Luftfahrtspolitik enthalten. Die Ratspräsidentschaft wird den Maßnahmen zu vorgeschlagenen Verordnungen zur Bodenabfertigung, der Zuweisung von Zeitnischen an Flughäfen und lärmbedingten Einschränkungen des Betriebs

auf Gemeinschaftsflughäfen Priorität verleihen. Die Ratspräsidentschaft wird sich dafür einsetzen, die Arbeit an einer Reihe von Luftverkehrsabkommen zwischen der EU und Drittländern abzuschließen. Außerdem wird die Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf intelligente und kosteneffiziente Lösungen im Bereich der Sicherheit legen. Die Ratspräsidentschaft wird sich darüber hinaus auf die Sicherheit im Flugverkehr und die Wichtigkeit konzentrieren, die Regelung der Flugzeiten für Piloten und Flugbegleiter auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse vorzunehmen.

Modulare Fahrzeugkombinationen (Eco-Combis) werden die Effizienz des Straßengüterverkehrs stärken und zum Umweltschutz beitragen und gleichzeitig das Straßennetzwerk entlasten, da zwei Eco-Combis drei herkömmliche LKWs ersetzen können. Deshalb möchte die dänische Ratspräsidentschaft die Möglichkeit des grenzüberschreitenden Transports mit **Eco-Combis** in der EU fördern.

Seetransport

Die Ratspräsidentschaft legt Wert auf das Voranbringen der Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission bezüglich einer **Revision von EU-Richtlinien zur Ausbildung von Seeleuten** mit der Absicht, die Fähigkeiten und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Seeleute zu gewährleisten und damit gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Seeverkehrssektors sicherzustellen. Es ist wichtig, dass die

neuen Regelungen in der EU umgesetzt werden, um ein einheitlich hohes Niveau beruflicher Fähigkeiten und ein Umfeld zu sichern, in dem Seeleute unter gleichen Voraussetzungen im Wettbewerb stehen können.

Die Ratspräsidentschaft wird sich auch dafür einsetzen, durch eine Überarbeitung der Verordnung zur **Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA)** und die Prioritätensetzung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Seetransports hohe Standards in Bezug auf die Sicherheit zur See zu erreichen.

IT und Telekommunikation

Der digitale Binnenmarkt ist ein wichtiges Element der Leitinitiative Digitale Agenda für Europa. Deshalb wird die Ratspräsidentschaft allgemein solchen Bereichen Priorität verleihen, die die Entwicklung des digitalen Binnenmarktes unterstützen. Insbesondere wird sich die Ratspräsidentschaft auf eine Revision der bestehenden **Roaming-Verordnung** konzentrieren. Die Roaming-Verordnung sichert für Bürger und Unternehmen in der EU **niedrigere Preise für internationale Roaming-Anrufe** und fördert Wachstum und Innovation durch zunehmende grenzüberschreitende Mobilität. Roamingpreise sollten sich nationalen Preisen für SMS, Anrufe und Datendienste annähern, ohne die Anreize für Innovation und Wachstum in der Telekommunikationsindustrie der EU zu ersticken.

Die Ratspräsidentschaft wird darüber hinaus dazu beitragen, die europäischen Ziele bezüglich der Einführung von Breitbandzugang in allen Teilen Europas zu erreichen. Dementsprechend wird im Rahmen der Diskussionen über den EU-Haushalt für 2014-2020 während der dänischen Ratspräsidentschaft die Unterstützung für digitale und Breitbanddienstleistungen mit den finanziellen Mitteln von **Connecting Europe** ein wichtiges Thema im Rat sein.

Die Prioritätensetzung auf den digitalen Binnenmarkt muss durch konkrete Verhandlungen im Rat über die Revision der **PSI-Richtlinie** zur Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors zur Ausweitung der Möglichkeiten für Innovationen im Bereich digitaler Inhalte gestützt werden.

Darüber hinaus ist die gegenseitige Ankerkennung elektronischer Signaturen über Ländergrenzen hinweg eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung eines digitalen Binnenmarktes. Deshalb wird sich die Ratspräsidentschaft für eine Änderung der **aktuellen Richtlinie über elektronische Signaturen** einsetzen.

Energie

Der Entwurf der **Richtlinie über Energieeffizienz** wird von der dänischen Ratspräsidentschaft mit hoher Priorität behandelt werden. Der Vorschlag bildet einen Rahmen für Energieeinsparungen über die gesamte Energiekette hinweg von der Energieproduktion bis zum

Endverbraucher. Die Ratspräsidentenschaft wird gezielte Anstrengungen unternehmen, um konkrete Ergebnisse zu erzielen, die zu einem Erreichen des Ziels einer 20-prozentigen Verbesserung der Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 beitragen und ein stärkeres Bemühen um die Förderung der Energieeffizienz nach 2020 sichern.

Die Entwicklung eines effektiven und intelligenten Übertragungsnetzes stellt eine Voraussetzung für die Integration großer Mengen an erneuerbarer Energie in die europäische Energieversorgung dar, die eine der obersten Prioritäten der Strategie Europa 2020 ist. Die Ratspräsidentenschaft wird dem Vorschlag zur **Energieinfrastruktur in der EU** deshalb Priorität verleihen.

Auch nach dem Jahr 2020 wird ein gut funktionierender Energiemarkt dazu beitragen müssen, die Klimaziele der EU zu erreichen. Die Ratspräsidentenschaft wird deshalb den **Energiefahrplan 2050** weiterverfolgen, der zum Erreichen der langfristigen Vision 2050 für einen Übergang zu einer CO₂-armen Gesellschaft, zur Sicherung einer stabilen Energieversorgung und der Förderung europäischer Arbeitsplätze beitragen soll. Die Ratspräsidentenschaft wird sich bemühen, sicherzustellen, dass der Rat vor dem Hintergrund des Energiefahrplans 2050 und einer eventuellen **Mitteilung über eine Strategie für erneuerbare Energien** Schlussfolgerungen verabschiedet, die die Richtung dafür vorgeben, wie die EU die langfristige Vision umsetzen

kann, und eventuelle Meilensteine setzen, beispielsweise für die Ausweitung der erneuerbaren Energie. Der Energiefahrplan 2050 muss im engen Zusammenhang mit dem **Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft 2050** gesehen werden, und es ist absolut essentiell, dass die Folgearbeiten für die beiden Fahrpläne sich gegenseitig stützen.

Energiebeziehungen mit Drittländern sind für die Ziele der EU im Bereich Energie von zentraler Wichtigkeit und werden regelmäßig auf der Tagesordnung des Rates stehen. Im Zusammenhang mit einer Weiterentwicklung der externen Energiepolitik der EU wird die Ratspräsidentenschaft zur Verabschiedung eines Vorschlags über den Informationsaustausch und zu einem neuen Energy-Star-Abkommen mit den USA über die Energiekennzeichnung für die Einführung von energieeffizienter Büroausstattung beitragen. Darüber hinaus wird die Ratspräsidentenschaft die Zusammenarbeit der EU in Bezug auf Entscheidungen in internationalen Energieforen sicherstellen.

Schließlich wird die Ratspräsidentenschaft im Hinblick auf den Frühjahrs Gipfel im März 2012 den Vorschlag zur **Offshore-Sicherheit bei Energiegewinnungsaktivitäten** besprechen und einen Beitrag des Energiesektors zum Europäischen Semester vorstellen, der sich auf die Fortschritte beim Erreichen der Ziele der Strategie Europa 2020 für Energieeffizienz und erneuerbare Energien bezieht.

Justiz und Inneres

Um die Sicherheit der EU-Bürger zu garantieren, müssen die Mitgliedstaaten gemeinsam handeln – kein Mitgliedstaat kann alleine schaffen, was die Mitgliedstaaten gemeinsam erreichen können. Für die Zusammenarbeit der EU im Bereich Justiz und Inneres müssen klare Ziele festgelegt werden; Ziele, die in konkrete Ergebnisse umgesetzt werden können, damit wir eine Zusammenarbeit der EU gestalten und aufrechterhalten können, die in der Praxis funktioniert. Vor diesem Hintergrund wird die Ratspräsidentschaft den Schwerpunkt darauf legen, sicherzustellen, dass Vorschläge für neue Gesetzgebungen und Initiativen bestimmte Anforderungen erfüllen und den bestehenden Regelungen tatsächlich notwendige Änderungen hinzufügen.

Die Umsetzung des Fünfjahresprogramms für den Bereich Justiz und Inneres, das **Stockholmer Programm (2010-2014)**, wird der Schlüsselpunkt der dänischen Ratspräsidentschaft in diesem Bereich sein. Das Programm

muss im Einklang mit den aktuellen Herausforderungen umgesetzt werden, vor denen Europa steht. In diesem Zusammenhang wird es notwendig sein, wirtschaftspolitische Verantwortung zu zeigen und sicherzustellen, dass der Zusatznutzen neuer Vorschläge im Verhältnis zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Vorschläge steht.

Die Ratspräsidentschaft wird die folgenden Prioritäten setzen:

- Ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem, das unter anderem eine einheitlichere Bearbeitung von Asylanträgen in der EU gewährleistet.
- Ein stärkeres und effektiveres Schengen-System.
- Mehr Zusammenarbeit zwischen den Strafvollzugsbehörden der Mitgliedstaaten bei der Prävention und der Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität.

- Das Opferpaket, das dazu beitragen soll, dass Opfer garantiert die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Asyl und Migration

Eine **gut gesteuerte Asyl- und Migrationspolitik** liegt sowohl im Interesse der Migranten als auch der Herkunfts-, Durchgangs- und Aufnahmeländer. Die Ratspräsidentschaft wird sich deshalb dafür einsetzen, sicherzustellen, dass die Einführung des Stockholmer Programms zu Wirtschaftswachstum, sozialer Integration und mehr Sicherheit beiträgt und außerdem Asylsuchenden Schutz bietet. Gleichzeitig muss echte und praktische Solidarität mit den Mitgliedstaaten demonstriert werden, die vor der Herausforderung stehen, den Zustrom von Asylsuchenden und illegalen Migranten zu bewältigen.

Selbstverständlich muss die Gesetzgebung unter vollständiger Einhaltung internationaler rechtlicher und humanitärer Verpflichtungen in die Tat umgesetzt werden. Dazu gehört unter anderem, dass Asylsuchende unter angemessenen Bedingungen leben, während ihre Anträge bearbeitet werden. Deshalb wird die Ratspräsidentschaft anstreben, in Vorbereitung auf den Abschluss des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems bis Ende 2012 konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Die Ratspräsidentschaft wird die Arbeit an gezielten und mehrgleisigen Bemühungen gegen **illegale Migration** unter Beachtung der Menschenwürde

fortsetzen. Ein Element hierbei ist eine wirksame Rückführungspolitik. Bezüglich der Arbeit am Vorschlag für eine Änderung des Schengener Grenzkodexes sowie des Schengener Evaluierungsmechanismus wird die Ratspräsidentschaft die Stärkung und Verbesserung der Effizienz des Schengen-Systems und damit die Sicherstellung der Kontrolle an den Außengrenzen der EU anstreben, um das Recht auf Freizügigkeit über innere Grenzen hinweg zu erhalten.

Eine gut gesteuerte Migrationspolitik ist auch im Bezug auf die weitere Beobachtung der Situation in Nordafrika wichtig, die sowohl Herausforderungen als auch Chancen darstellt und der deshalb Priorität zugewiesen wird, um den Dialog mit den südlichen Mittelmeerländern über Migration, Mobilität und Sicherheit zu fördern.

Die Ratspräsidentschaft wird sich für die **Förderung angemessener Arbeitsbedingungen für Drittland-Staatsangehörige** in der EU einsetzen. Außerdem sollte Einwanderern, die eine hochqualifizierte Arbeitsstelle in der EU erhalten und die Bedingungen für eine Aufenthaltsgenehmigung erfüllen, ein reibungsloser und unbürokratischer Zugang garantiert werden.

Im Bereich der Integration wird die Ratspräsidentschaft die bereits bestehende Zusammenarbeit, den Austausch von Erfahrungen und die Entwicklung von Methoden für eine **ganzheitliche Integrationspolitik**

zwischen den Mitgliedstaaten unterstützen. Die Ratspräsidentschaft wird sich auf die Frage konzentrieren, wie die Integrationspolitik insbesondere dazu beitragen kann, demokratische Werte zu fördern, die Chancengleichheit zu verbessern, sozialen Zusammenhalt zu fördern, Parallelgesellschaften entgegenzuwirken und **Extremismus zu verhindern**.

Es wird außerdem ein Schwerpunkt auf die **externe Dimension** der vielen Politikbereiche gelegt, die von der Migrations- und Asylpolitik im Rahmen des überarbeiteten Weltweiten Ansatzes zu Migration betroffen sind. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, die Zusammenarbeit mit Drittländern, die gemeinsame strategische Interessen mit der Union haben, mit den Drittländern, aus denen illegale Migranten und Asylsuchende kommen, und mit Drittländern und Ländern, die als Erstasylland oder Durchgangsland genutzt werden, zu stärken.

Die Ratspräsidentschaft wird allgemein die praktische Zusammenarbeit unterstützen, damit Mitgliedstaaten gegenseitig von ihren Erfahrungen profitieren können und sich im solidarischen Geist gegenseitig dabei helfen, auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren.

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit

Mehr Sicherheit für die Bevölkerung muss ein stetiges Ziel sein. In den letzten Jahren hat sich die EU stark auf die Bekämpfung der

grenzüberschreitenden Kriminalität und des Terrorismus konzentriert. Diese Anstrengungen müssen unbedingt aufrechterhalten und weiterentwickelt werden.

Deshalb wird die dänische Ratspräsidentschaft die gezielte und intensive Arbeit am Vorschlag zu einer **Europäischen Ermittlungsanordnung in Strafsachen**, die für die Fähigkeit der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung grenzüberschreitender Verbrechen von zentraler Wichtigkeit sein wird, fortsetzen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird an einer flexiblen, effektiven und praktischen Anwendung des neuen Systems arbeiten.

Der Terrorismus ist weiterhin eine der ernstesten Bedrohungen für Europa, und es ist wichtig, dass die gemeinsamen Maßnahmen in diesem Bereich aufrechterhalten und bei Bedarf verstärkt werden. Ein gemeinsames europäisches System für den **Austausch von Fluggastinformationen** ist hierbei ein wichtiger Aspekt. In einer zunehmend globalisierten Welt, in der die Mobilität von Kriminellen stetig zunimmt, besteht auf Seiten der Strafverfolgungsbehörden die Notwendigkeit, Fluggastinformationen für die Vorbeugung und Ermittlung von Terrorismus und anderen schweren kriminellen Aktivitäten zu verwenden. Deshalb besteht Bedarf für ein Europäisches Fluggastdatensystem (PNR-System), das unter Einhaltung des Datenschutzes und der Privatsphäre ein Element der allgemeinen Arbeit von

Strafverfolgungsbehörden bei der Prävention und Bekämpfung von Terrorismus und anderen schweren Straftaten darstellen wird.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird einen größeren Schwerpunkt auf den Zusammenarbeitsbedarf zur Terrorismusprävention legen. In diesem Zusammenhang wird die dänische Ratspräsidentschaft unter anderem die Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Mechanismen ausweiten, die dazu beitragen können, die Ursachen von Terrorismus zu verstehen, einschließlich der Ursachen für die Radikalisierung junger Menschen.

Sicherheit und Rechtssicherheit müssen Hand in Hand gehen. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich deshalb dafür einsetzen, Fortschritte beim Fahrplan des Rates zu sichern, um die **Verfahrensrechte von Verdächtigen oder Angeklagten** in Strafverfahren zu stärken. Ebenso wird die Ratspräsidentschaft den Schwerpunkt darauf legen, dass Opfer von Kriminalität die benötigte Unterstützung erhalten.

Schließlich wird sich die dänische Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, dass die europäischen Bürger ihre Rechte im vollen Umfang ausüben und durchsetzen können. Ein zentrales Element hierfür ist die aktuelle Revision der **Verordnung Brüssel I**, die dazu beitragen wird, die verbleibenden Hindernisse für den freien Verkehr gerichtlicher Entscheidungen auszuräumen.

Katastrophenschutz

Naturkatastrophen oder menschengemachte Katastrophen wie Waldbrände, Überschwemmungen und Terroranschläge haben zunehmende Auswirkungen auf die Sicherheit der Bürger und erfordern eine Weiterentwicklung der Bemühungen der Union zur **Verhinderung und Bewältigung von Katastrophen**. Die dänische Ratspräsidentschaft wird an einer gezielten Stärkung dieses Bereichs arbeiten.

Durch die europäische Katastrophenabwehrkapazitäten soll die EU im solidarischen Geist von Katastrophen heimgesuchten Ländern innerhalb und außerhalb Europas Hilfe leisten. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich deshalb unter anderem für die Stärkung einer systematischen Sammlung von Erfahrungen im Zusammenhang mit der Katastrophenhilfe einsetzen.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird weitere Fortschritte bei der Arbeit zum Schutz der kritischen europäischen Infrastruktur sicherstellen und die im EU-Aktionsplan für die chemische, biologische, radiologische und nukleare (CBRN) Sicherheit ausgesprochenen Empfehlungen weiterverfolgen.

Landwirtschaft und Fischerei

Die Zusammensetzung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei ist für die Arbeit des Rates in Bezug auf Lebensmittel, Landwirtschaft und Fischerei verantwortlich, was die gesamte Kette vom Erzeuger bis zum Verbraucher umfasst. In der Ratsformation für Landwirtschaft und Fischerei wird die Ratspräsidentschaft die folgenden Prioritäten setzen:

- Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).
- Die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP).
- Verbesserte Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit.

Die zukünftige Agrarpolitik

Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat an der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik arbeiten. Oberste Priorität der dänischen Ratspräsidentschaft wird es sein, für den nötigen Impuls bei den Verhandlungen zu sorgen, die eng in Verbindung mit

den Verhandlungen des Mehrjährigen Finanzrahmens für den Zeitraum nach 2013 gesehen werden müssen, was bedeutet, dass sie nur als Bestandteil der endgültigen Einigung über den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen abgeschlossen werden können.

Ein starker und effektiver Binnenmarkt im Bereich Landwirtschaft und Lebensmittel

ist entscheidend, um gleiche Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Produktion zu schaffen. Ein gemeinsames Ziel der Reformarbeiten ist es, dass die Gemeinsame Agrarpolitik in Zukunft einen größeren Schwerpunkt auf die Reaktion auf neue Herausforderungen und die Lieferung öffentlicher Güter legen muss, beispielsweise in Bezug auf die Umwelt, die Natur und das Klima. Die Gemeinsame Agrarpolitik hat das Potential, ein Teil der Lösungen für die vielen Herausforderungen zu sein und zur Sondierung neuer Einkünfte und einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Dazu gehört beispielsweise die Frage, wie ein wirksames Wasser- und

Biodiversitätsmanagement entwickelt werden kann, die Lebensmittelsicherheit, der Umgang mit dem Klimawandel und umwelttechnische Überlegungen, die Erzeugung grüner Energie, die biologische Landwirtschaft und die artgerechte Tierhaltung. Die Strategie Europa 2020 stellt eine Möglichkeit dar, zukunftsgerichtet darüber nachzudenken, wie die weltweite Wettbewerbsfähigkeit im gesamten Landwirtschafts- und Lebensmittelbereich gewährleistet werden kann. Das Ziel der Strategie Europa 2020 wird deshalb ein Bestandteil der Verhandlungen über die Gemeinsame Agrarpolitik sein, insbesondere durch einen stärkeren Schwerpunkt auf die Umwelt, Klimaschutzziele und die allgemeine grüne Umstrukturierung des Sektors. Eine Aufstockung des EU-Haushalts für Forschung, Entwicklung und Innovation (Horizont 2020) soll auch den Agrar- und Lebensmittelsektor fördern und zum Erreichen der Ziele der Strategie Europa 2020 beitragen.

Auch die **Vereinfachung** wird im Zusammenhang mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ein Handlungsbereich sein, um einfachere und gestraffte Regeln mit einem möglichst geringen Verwaltungsaufwand aufzustellen.

Die zukunftsgerichtete Fischereipolitik

Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat an der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik arbeiten. In Übereinstimmung mit

der Politik in anderen Bereichen, die Meeresressourcen nutzen, wird die Fischereipolitik Bestandteil eines allgemeinen gemeinsamen Rahmens für das Fischereimanagement sein. Die Fischereipolitik muss sich auf einem ökosystemorientierten Ansatz gründen und die Umweltziele, die für den Bereich der Fischereipolitik relevant sind, einbeziehen. Eine reformierte Gemeinsame Fischereipolitik muss in der Lage sein, auf neue Herausforderungen und Anforderungen des Umfelds, auch seitens der Verbraucher, zu reagieren. Eine Voraussetzung dafür, dass die Fischerei in der Zukunft rentabel bleibt, ist die **nachhaltige Nutzung von Fischereiresourcen**. Demzufolge wird das Verbot von Fischrückwürfen neben der Entwicklung selektiverer Fangmethoden und -werkzeuge Priorität haben. In diesem Zusammenhang muss ein Fangquotenmanagementsystem mit vollständig dokumentierten Fängen ein Bestandteil der Reform sein.

Außerdem sollte die Reform unter anderem:

- Für eine Vereinfachung der Gemeinsamen Fischereipolitik sorgen.
- Die Frage der Ausgeglichenheit von Flottengrößen (Kapazität) und Fangmöglichkeiten einbeziehen.
- Regionale Aspekte in einem kosteneffizienten Zusammenhang berücksichtigen.

- Die gemeinsame Organisation des Marktes an die globale Entwicklung anpassen.
- Sicherstellen, dass ein neues Finanzinstrument im Bereich Fischerei die Ziele einer reformierten Gemeinsamen Fischereipolitik unterstützt, indem es zum Erreichen und Beibehalten eines guten Zustands der Natur und des Naturschutzes beiträgt und Innovation im Fischereisektor unterstützt.
- Einen kohärenten Ansatz für die Aquakulturpolitik entwickeln.

Die Reform muss Entscheidungen über die außenpolitische Dimension der Gemeinsamen Fischereipolitik einbeziehen. Künftig geschlossene partnerschaftliche Fischereiabkommen müssen die wissenschaftliche Untersuchung der betreffenden Bestände stärken und eine verbesserte Kontrolle fördern. Außerdem sollten Klauseln zu Menschenrechten und Demokratie in Partnerschaftsvereinbarungen enthalten sein und die Arbeit regionaler Fischereimanagementorganisationen gestärkt werden.

Schließlich muss während der dänischen Ratspräsidentschaft eine Reihe von Richtlinien geändert werden, um die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon zu berücksichtigen.

Verbesserte Lebensmittelsicherheit

Die EU ist in Bezug auf die Lebensmittelsicherheit führend, aber die

Gesetzgebung muss fortlaufend weiterentwickelt und modernisiert werden. Die Verbraucher in der EU müssen darauf vertrauen, dass die Lebensmittel auf dem Markt gesund, sicher und von hoher Qualität sind und unter Beachtung der artgerechten Tierhaltung produziert wurden. Jede Möglichkeit, das Niveau der Lebensmittelsicherheit in der EU durch die Harmonisierung von Standards zu verbessern, wird während der dänischen Ratspräsidentschaft von großer Wichtigkeit sein. Eine solche Verbesserung wird sowohl im Hinblick auf den Verbraucherschutz in der EU und die Stärkung von EU-Exporten als auch in Bezug auf die Sicherheit importierter Lebensmittel erreicht werden. Zur Fortsetzung dieser Arbeit muss der Rat die Diskussion über den Vorschlag der Kommission für eine Revision der geltenden Regeln für **Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind, und zum erwarteten Vorschlag zu neuartigen Lebensmittel voranbringen.**

Im Zusammenhang mit dem Thema der Lebensmittelqualität wird die Ratspräsidentschaft eng mit den Institutionen zusammenarbeiten, um das **Qualitätspaket** abzuschließen, das Vorschläge für die Regelung von Qualitätssystemen und gewerblichen Standards für Agrarprodukte enthält.

Auf Grundlage des **Berichts der Kommission über die Verordnung über den ökologischen Landbau** wird die Ratspräsidentschaft Raum für Diskussionen

über das Funktionieren der derzeitigen Regelung des ökologischen Landbaus bieten. In diesem Zusammenhang wird die Ratspräsidentschaft Mitgliedstaaten dazu einladen, zu besprechen, was in einem neuen Gesetzgebungsvorschlag enthalten sein sollte, um die Voraussetzungen für einen gut funktionierenden Biomarkt und ein starkes Vertrauen der Verbraucher in diese Lebensmittel zu schaffen. Dies muss im Zusammenhang mit der geplanten Revision dieser Regelung durch die Kommission betrachtet werden.

In Europa wie auch in der übrigen Welt nimmt die Anwendung von Antibiotika in der Human- und der Tiermedizin stetig zu. Das führt zu einem entsprechenden **Anstieg der Antibiotikaresistenz**, was bedeutet, dass die Behandlung bakterieller Infektionen schwieriger

wird. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich deshalb dafür einsetzen, die Bekämpfung der Antibiotikaresistenz auf die Tagesordnung zu setzen.

Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird ein weiterer Schwerpunkt auf der Ausarbeitung einer modernisierten Fleischuntersuchung und der damit zusammenhängenden Gesetzgebung liegen.

Der Bereich der artgerechten Tierhaltung erhält während der dänischen Ratspräsidentschaft ebenfalls Priorität, da der Rat voraussichtlich die Mitteilung der Kommission zu einer neuen Strategie hinsichtlich der artgerechten Tierhaltung sowie den Bericht der Kommission über die Verordnung zum Schutz von Tieren während des Transports behandeln wird.

Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

In den kommenden Jahren werden die meisten europäischen Länder vor der Herausforderung stehen, dass aufgrund einer steigenden Lebenserwartung eine zunehmende Zahl an Erwerbstätigen aus dem Arbeitsleben ausscheiden wird. Das wird zu einem erhöhten Druck auf die Renten-, Gesundheits- und Pflegesysteme führen und hat zur Folge, dass eine kleinere Gruppe von Erwerbstätigen eine steigende Anzahl älterer Menschen außerhalb des Arbeitsmarktes unterstützen muss. Gleichzeitig erlebt Europa eine Wirtschaftskrise, die insbesondere unter jungen Menschen zu hoher Arbeitslosigkeit geführt hat. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, in neuen Bahnen zu denken, und dies wird sich auf die Zusammenarbeit der EU im Bereich der Sozialpolitik und Beschäftigung auswirken. Die EU spielt auch bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren, dem Austausch von bewährten Verfahren für die Erforschung und Behandlung von Krankheiten sowie bei Fragen der Freizügigkeit von Waren,

Gesundheitsdienstleistungen und Beschäftigten im Gesundheitssektor eine wichtige Rolle. Die dänische Ratspräsidentschaft wird deshalb die folgenden Prioritäten setzen:

- Gesundheit, die zu mehr Wachstum und Wohlstand in Europa beiträgt.
- Eine Beschäftigungspolitik, die die aktuellen Herausforderungen, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, aber auch langfristige Herausforderungen wie die Stärkung des Arbeitskräfteangebots, berücksichtigt.
- Eine Sozialpolitik, die Chancengleichheit für alle schafft.

Beschäftigungs- und Sozialpolitik

Die dänische Ratspräsidentschaft wird Mitgliedstaaten zu Diskussionen darüber einladen, wie man auf demographische Herausforderungen reagieren soll. Die Themen umfassen die Frage, wie das Arbeitskräfteangebot durch mehr erwerbstätige junge Menschen

und Frauen gestärkt werden kann, veränderte Familienstrukturen, die bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben, lebenslanges Lernen, die Durchbrechung des Teufelskreises vererbter sozialer Benachteiligung sowie eine höhere Beschäftigungsquote für Menschen, die nicht im vollen Umfang arbeitsfähig sind. Auch ein späteres Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt wird im Mittelpunkt stehen. In dieser Hinsicht ist es von zentraler Bedeutung, dass aktuelle und zukünftige Reformen der Rentensysteme der einzelnen Länder mit der Stärkung von Anreizen für Personen einhergehen, länger zu arbeiten, insbesondere durch ein verbessertes Arbeitsumfeld.

2012 ist außerdem das **Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen**. Im Verlauf des Jahres 2012 werden verschiedene Initiativen ergriffen, um den Beitrag älterer Menschen zur Gesellschaft zu fördern, etwa durch aktive Beteiligung am Erwerbsleben. Der Schwerpunkt wird darauf gelegt, das Wissen und die Erfahrung älterer Menschen einzubeziehen, beispielsweise durch flexible Arbeitsbedingungen, Kompetenzenentwicklung und die Förderung der Gesundheit zugunsten der älteren Menschen selbst und der gesamten Gesellschaft.

In Anbetracht der Tatsache, dass 2011 das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit ist, wird der Rat die Diskussion fortführen müssen, wie die

Freiwilligenarbeit Senioren helfen kann und wie ältere Menschen sich stärker an ehrenamtlichen Aktivitäten beteiligen können. In diesem Zusammenhang bietet die **moderne Pflageotechnologie** großes Potential. Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat sich deshalb auch damit beschäftigen müssen, wie moderne Pflageotechnologie körperliche Arbeit im Pflegebereich reduzieren kann, und insbesondere mit der Frage, wie ältere Menschen fit und gesund bleiben können, um länger aktiv zu sein.

Ebenso beabsichtigt die dänische Ratspräsidentschaft, sich aktiv an der Einführung der EU-Strategie für Menschen mit **Behinderung** zu beteiligen. Der Rat wird besprechen müssen, wie die Ressourcen dieser großen Bevölkerungsgruppe durch den verstärkten Einsatz moderner Hilfsmittel aktiver genutzt werden können.

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 wird der Rat über die **Beschäftigungspolitik** der Mitgliedstaaten sprechen. Die Aussicht auf eine anhaltende Wirtschaftskrise und geringe Wachstumsraten führen dazu, dass die Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf die Frage legen wird, wie Lösungen für die aktuellen Probleme der hohen **Jugendarbeitslosigkeit** und **Langzeitarbeitslosigkeit** in Europa gefunden werden können.

Die Weiterverfolgung der Leitinitiative der Kommission: Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung wird ebenfalls

Thema der Diskussion sein, wobei der Schwerpunkt auf Strategien gelegt werden soll, die darauf abzielen, die Qualifikation von Arbeitnehmern zu verbessern und für mehr Mobilität auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen.

Die Krise darf jedoch nicht die Notwendigkeit langfristiger Reformen verdecken. Das Weißbuch zum Rentensystem wird die Ausgangsbasis für eine Diskussion im Rat über einige der besonderen Herausforderungen bilden, die sich aus einer veränderten demographischen Zusammensetzung mit mehr älteren Menschen und weniger Menschen im Erwerbsalter ergeben.

Ein wichtiges Element für den längeren Verbleib von Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt ist ein angenehmes Arbeitsumfeld und die Vorbeugung von Berufsrisiken. Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird eine Konferenz Anregungen für die Weiterverfolgung der Strategie 2007-2012 der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz liefern, und der Rat wird die Arbeit an der Revision der Richtlinie zu elektromagnetischen Feldern am Arbeitsplatz fortsetzen und dem Vorschlag der Kommission zu einer neuen Richtlinie über arbeitsbedingte Erkrankungen des Bewegungsapparats entgegenblicken

Die soziale Dimension des Binnenmarktes muss ausgeweitet werden, um das Vertrauen der Bürger in den Binnenmarkt einschließlich der Regelung des freien Verkehrs von

Dienstleistungen und Personen zu sichern. Wenn dies gegeben ist, wird der EU-Binnenmarkt Wachstum und ein besseres Angebot an Arbeitskräften schaffen. Deshalb ist es wichtig, dass die grundlegenden Arbeitsbedingungen in den Gastländern eingehalten werden und dass die Arbeitsmarktmodelle der Gastländer respektiert werden. Vor diesem Hintergrund wird der Rat während der dänischen Ratspräsidentschaft an dem Vorschlag zur verstärkten Durchsetzung der Arbeitnehmerentsenderichtlinie und einem Verordnungsentwurf arbeiten müssen, um zu verdeutlichen, dass nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Arbeitnehmerrechte und das Recht von Unternehmen auf den freien Verkehr gleichwertig sind.

Das Programm „Progress“ ist ein EU-Programm, dessen Ziel es ist, die Entwicklung und den Austausch von Wissen, Analysen und Statistiken zwischen den Mitgliedstaaten zu unterstützen. Das Programm hat den Weg für eine Reihe wichtiger und spannender Projekte und Initiativen im sozialen Bereich im weitesten Sinne bereitet. Auf Grundlage des Erfolgs des Programms und der Strategie Europa 2020 wird die dänische Ratspräsidentschaft die Arbeit des Rates durch die Einführung eines Folgeprogramms unterstützen.

Die UN-Aktionsplattform von Peking legt die allgemeinen Richtlinien für die weltweiten Bemühungen zur

Gleichstellung der Geschlechter fest. Der Rat wird seine Überwachung der Umsetzung der Aktionsplattform fortsetzen, und die dänische Ratspräsidentschaft wird sich aktiv dafür einsetzen, weitere Fortschritte zu erzielen, insbesondere in Bezug auf Indikatoren für *Frauen und Umwelt*.

Der globale Wettbewerb erfordert die Mobilisierung sämtlicher Talente. Ein Element dieser Agenda ist die Sicherstellung, dass die Wahl des Studiums und der Ausbildung auf Grundlage individueller Interessen und Fähigkeiten getroffen wird. Deshalb wird die dänische Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf geschlechtsspezifische Bildungsentscheidungen legen.

Gesundheitspolitik

Im Rahmen der allgemeinen Innovationsagenda ‚**Smart Health – Better Lives**‘ wird die dänische Ratspräsidentschaft auf die Ausweitung von Innovation und Nutzung von Gesundheits- und Pflgetechnologien hinarbeiten.

Der Schwerpunkt wird auf die Frage gelegt, wie europäische Patienten eine bessere und wirksamere Behandlung erhalten können, wie die bessere Verwendung von Ressourcen und bessere Arbeitsbedingungen gefördert werden können und wie günstige Bedingungen für Innovation im umfassenden öffentlichen und privaten Gesundheits- und Pflgetechnologiesektor in Europa geschaffen werden können. Ein guter Rahmen für Innovation wird europäischen Patienten und Bürgern helfen, die Nutzung von Ressourcen

im Gesundheits- und Pflegesektor verbessern und zum Wachstum in der EU beitragen.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich für eine ausgewogene Gesetzgebung einsetzen und die Patientensicherheit erhöhen sowie gute Bedingungen für die Produktentwicklung schaffen. Der Rat wird eine Revision der Richtlinie über medizinische Geräte erörtern müssen. In diesem Zusammenhang wird die dänische Ratspräsidentschaft sich dafür einsetzen, dass die künftige Richtlinie über medizinische Geräte Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt und gleichzeitig die Patientensicherheit beachtet.

Ebenso wird die dänische Ratspräsidentschaft an dem Vorschlag bezüglich der Information der breiten Öffentlichkeit über verschreibungspflichtige Arzneimittel (Patienteninformation) arbeiten, dessen Ziel es ist, Patienten in den Mitgliedstaaten gleichwertigere und einheitlichere Informationen zu liefern.

Krankheiten und Antibiotikaresistenz kennen keine Landesgrenzen, und das ansteigende Resistenzniveau aufgrund der zunehmenden Anwendung von Antibiotika bei Menschen und Tieren stellt in der gesamten EU ein Problem dar. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich für die Förderung **eines sinnvolleren Umgangs mit Antibiotika** einsetzen und die Überwachung der Anwendung von Antibiotika in der EU

verstärken und verbessern. Dazu gehört eine mögliche europaweite Überwachung der Anwendung von und Resistenz gegen Antibiotika. Darüber hinaus wird die dänische Ratspräsidentschaft die Mitteilung der Kommission zur Antibiotikaresistenz weiterverfolgen.

Eine der größten Herausforderungen der Zukunft im Bereich Gesundheit wird die zunehmende Alterung der europäischen Gesellschaft und die

längere Lebenserwartung in Verbindung mit einer oder mehreren **chronischen Erkrankungen** sein. Chronische Erkrankungen wie Diabetes, Störungen des Bewegungsapparates und Herz- und Lungenkrankheiten belasten zunehmend die Gesundheitssysteme in ganz Europa. Die dänische Ratspräsidentschaft wird chronische Erkrankungen deshalb anhand von Diabetes als Modellkrankheit in den Mittelpunkt rücken.

Umwelt

Die Weltgemeinschaft steht derzeit vor einer Reihe umwelt- und ressourcenpolitischer Herausforderungen. Sowohl im Bereich der Umwelt als auch des Klimas besteht die Notwendigkeit für grenzüberschreitende Maßnahmen, um eine nachhaltige Zukunft zu sichern. Demzufolge wird die dänische Präsidentschaft im Umweltrat den folgenden Arbeiten Priorität geben:

- Eine umweltfreundliche und ressourceneffiziente Wirtschaft.
- Das Zusammenspiel von Gesundheit und Umwelt.
- Ein ehrgeiziges Vorgehen im Bereich des Klimas.

Eine umweltfreundliche und ressourceneffiziente Wirtschaft

Während der dänischen Ratspräsidentschaft werden der Rat und das Europäische Parlament hart arbeiten müssen, um einen Rahmen für das **7. Umweltaktionsprogramm** zu entwerfen. Die Ratspräsidentschaft wird sich

für ein gezieltes Umweltaktionsprogramm einsetzen, dessen übergreifende Benchmark in der Formulierung und Kombination der ausschlaggebenden operativen Strategien besteht und das die Umwandlung der EU in eine ressourceneffiziente grüne Wirtschaft zum Ziel hat. Dies muss innerhalb eines wirtschaftlich zukunftsfähigen Rahmens erreicht werden, der einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der **grünen Wachstumsgesellschaft** der Strategie Europa 2020 leistet und als Modell für internationale Maßnahmen zum Schutz der weltweiten Naturgrundlage dient. Das Thema grüne Wirtschaft steht weit oben auf der Tagesordnung der UN-Konferenz Rio +20.

Grünes Wachstum ist abhängig von **umweltfreundlichen und ressourceneffizienten Produktionsformen und einem nachhaltigen Verbraucherverhalten**. Die dänische Ratspräsidentschaft wird der Arbeit in Richtung eines ressourceneffizienten Europas Priorität verleihen und sich im Rahmen der

Weiterverfolgung des Environmental Technologies Action Plan (ETAP) der EU für eine verstärkte Fortsetzung von Bemühungen im Bereich der Umwelttechnologien in der EU einsetzen.

In Zukunft muss der Schwerpunkt auf Umwelttechnologien gelegt werden, die dazu beitragen, die Nutzung natürlicher Ressourcen einzuschränken, die Biodiversität zu schützen und die für Menschen gesundheitsschädliche Umweltverschmutzung zu reduzieren. Dies sollte mit Maßnahmen einhergehen, die EU-Bürgern die nötigen Instrumente an die Hand geben, um als Verbraucher nachhaltige Entscheidungen zu treffen, beispielsweise mittels umweltbezogener Produktanforderungen. Darüber hinaus setzt eine Strategie für ressourceneffizientes grünes Wachstum die Durchsetzung einer Politik voraus, die darauf abzielt, die Nutzung der großen Mengen an Ressourcen zu optimieren, die heute durch die steigende Abfallproduktion verloren gehen. In diesem Zusammenhang wird der Rat die Überarbeitung der Gesetzgebung zu **Abfällen in Form elektrischer und elektronischer Altgeräte** abschließen und mit der Arbeit an einer **Verordnung über die Demontage von Schiffen** beginnen müssen.

Die Ratspräsidentschaft wird die Arbeit an der Biodiversitätsstrategie 2020 der EU unterstützen und unter anderem die Kohärenz von Zielen, Mitteln und Finanzierung als Weiterverfolgung des im Rahmen der UN-Biodiversitätskonvention in Nagoya geschlossenen

Abkommens sichern und dafür sorgen, dass die EU-Politik in diesem Bereich auf bestmögliche Weise zum Schutz von Naturgebieten und Wasserressourcen beiträgt. Neben der Arbeit an der Biodiversitätsstrategie wird die dänische Ratspräsidentschaft der Arbeit zur Ratifizierung und Umsetzung des **Nagoya-Protokolls** über den Zugang zu genetischen Ressourcen und den Vorteilsausgleich (ABS-Protokoll) Priorität verleihen. Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft die Arbeit an der Überarbeitung der Gesetzgebung zu Gefahrenstoffen in Gewässern im Zusammenhang mit der **Wasserrahmenrichtlinie** fortführen und anstreben, die Verhandlung über die Revision der Richtlinie über die absichtliche Freisetzung von **genetisch veränderten Organismen** (GVO) in die Umwelt zum Abschluss zu bringen.

Auf internationaler Ebene wird die dänische Ratspräsidentschaft der Arbeit zur Vorbereitung der Elften Vertragsstaatenkonferenz (COP11) im Rahmen der **Biodiversitätskonvention** im Herbst 2012 Priorität verleihen und auf der Vertragsstaatenkonferenz im Rahmen der **Ramsar-Konvention** sowie im Zusammenhang mit einer Reihe von Veranstaltungen im Bereich der Meeres- und Naturkonventionen den Vorsitz übernehmen.

Gesundheit und Umwelt

Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu Kombinationswirkungen von Chemikalien müssen so schnell wie möglich in eine zielgerichtete gemeinsame

Vorbeugungspolitik umgesetzt werden. Die Ratspräsidentschaft wird deshalb Wert darauf legen, dass die Wirksamkeit der **Chemikalienpolitik der EU** regelmäßig überdacht und verbessert wird. Bei der Arbeit zur bevorstehenden Revision der EU-Chemikalienrichtlinie (*REACH*) müssen weitere neue Themen im Bereich Chemikalien wie etwa Kombinationswirkungen und Nanostoffe gründlich erwägt und Maßnahmen in Betracht gezogen werden.

Es besteht die Notwendigkeit, die gemeinsamen Maßnahmen gegen **Luftverschmutzung**, darunter die partikuläre Verschmutzung durch Verkehr, auf ehrgeizige Weise weiterzuverfolgen, damit Maßnahmen gegen die Luftverschmutzung mit den Zielen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen einhergehen können.

Die Ratspräsidentschaft wird insbesondere die Revision der Richtlinie über den **Schwefelgehalt von Schiffs-kraftstoffen** verhandeln. Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat die Überarbeitung der Regelung zum **Handel mit gefährlichen Chemikalien** (PIC-Verordnung) abschließen müssen. Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft die Arbeit zur den Richtlinien über die **Prävention schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen** (*Seveso II*) weiterführen. Umwelt- und Gesundheitsstrategien müssen eine unabhängige Säule des **7. Umweltaktionsprogramms** bilden.

Auf internationaler Ebene wird die dänische Ratspräsidentschaft den Verhandlungen über die Erstellung einer **weltweiten Quecksilberverordnung** möglichst viele Impulse geben. Ebenso erhält die Revision des Göteborg-Protokolls, das für eine Reihe von Luftschadstoffen Emissionsgrenzen festlegt, Priorität.

Ehrgeiziger Klimaschutz

Der Rat wird die Ergebnisse der **internationalen Klimaverhandlungen** weiterverfolgen und die weiteren internationalen Klimaverhandlungen im Rahmen der UNFCCC und anderer Foren vorbereiten. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die konkreten Ergebnisse der COP17 nachverfolgt werden müssen, insbesondere im Hinblick auf den Prozess der Einführung eines Zeitraums für langfristige Verpflichtungen aller Länder mit verbindlichen Reduzierungszielen, eine Stärkung der strategischen Zielsetzung für Reduzierungsbemühungen auf kurzfristige Sicht, die Finanzierung des Klimaschutzes und sowie die Stärkung der Zusammenarbeit der EU mit verbündeten Entwicklungsländern. Der Rat wird außerdem seine Position zu Klima- und Energiethemen auf der UN-Konferenz Rio+20 formulieren müssen. Die nachhaltige Nutzung von Energieressourcen, beispielsweise Maßnahmen für die Energieeffizienz und die Förderung erneuerbarer Energien, werden wichtige Elemente des Beitrags der EU zu einer grünen Wirtschaft sein.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird eine verstärkte und **ehrgeizige Klimapolitik innerhalb der EU** anstreben und in diesem Zusammenhang unter anderem Diskussionen zu möglichen Benchmarks für den Klimaschutz nach dem Jahr 2020, beispielsweise bis 2030 und 2040, anstoßen, um einen Beitrag zum Ziel der Reduzierung von Treibhausgasemissionen um 80-95 Prozent bis zum Jahr 2050 zu leisten – nicht zuletzt um die Wettbewerbsfähigkeit der EU auf dem globalen Markt für grünes Wachstum zu stärken. Deshalb wird die Ratspräsidentschaft dem **Fahrplan kohlenstoffarme Wirtschaft 2050** Priorität einräumen. Die Arbeit am Fahrplan und der langfristigen Vision 2050 eines Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Gesellschaft muss zwangsweise im engen Zusammenhang mit den Visionen 2050 der EU für den Energiesektor, den EU-Zielen für Energieeffizienzmaßnahmen und den Visionen 2050 der EU für den Verkehrssektor betrachtet werden.

Der Rat wird außerdem auf kurze Sicht Fortschritte bei den Verhandlungen zu einer Verordnung über **Kontrollmechanismen** sicherstellen, die unter anderem gewährleisten sollen, dass die EU ab dem Inventurjahr 2013 geltende neue Anforderungen der UN erfüllt.

Darüber hinaus muss der Rat größtmögliche Fortschritte bei den Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission zu Regelungen unter anderem der **LULUCF-Maßnahmen** (Bestandsaufnahme zu Emissionen

und der Bindung durch Landnutzung, veränderte Landnutzung und Forstwirtschaft im allgemeinen Treibhausgasbestand) im Rahmen des Reduzierungsziels der EU erzielen.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird Initiativen zu **Nachhaltigkeitskriterien für Biokraftstoffe** Priorität verleihen. Konkret wird der Rat während der dänischen Ratspräsidentschaft eventuelle Vorschläge für eine Gesetzgebung bearbeiten, die sich mit dem indirekten Einfluss von Biokraftstoffen auf Änderungen der Landnutzung (ILUC) beschäftigen.

Darüber hinaus wird der Rat sich mit dem Vorschlag der Kommission auseinandersetzen müssen, den Klimawandel in großen Teilen des EU-Haushalts für den Zeitraum 2014-2020 einzubinden, unter anderem durch die Fortsetzung der Verhandlungen über die Verordnung LIFE+ zur Errichtung eines neuen Rahmens für Teilprogramme zu Umwelt- und Klimamaßnahmen.

Schließlich wird der Rat im Hinblick auf Fortschritte bei den Zielen der Strategie Europa 2020 einen Beitrag des Umwelt- und Klimasektors zum **Europäischen Semester** leisten.

Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport bringt Regierungsminister für Bildung, Jugend, Kultur, den audiovisuellen Bereich und Sport zusammen. Hauptaufgabe des Rates ist es, die Bemühungen der Mitgliedstaaten beispielsweise bei der Entwicklung eines hohen Bildungsniveaus und von Bildungsmobilität, eines gemeinsamen Kulturerbes, Entwicklungen im audiovisuellen Bereich und im Sport zu ergänzen und unterstützen. Die Zusammenarbeit hat ihren Schwerpunkt auf der Entwicklung gemeinsamer Lösungen für gemeinsame Probleme, in der Regel durch den Erfahrungs- und Wissensaustausch. In dieser Ratsformation wird die Ratspräsidentschaft den folgenden Tätigkeiten Priorität einräumen:

- Dem Vorschlag der Kommission für die neue Generation von Förderprogrammen in den Bereichen Bildung, Jugend, Kultur, Medien und Sport.

- Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Schwerpunkt auf einer engeren Verknüpfung mit dem Arbeitsmarkt.
- Weiterverfolgung des Arbeitsplans des Rates im Kulturbereich 2011-2014 einschließlich der Förderung der Rolle der Kultur in den Außenbeziehungen der EU.

Bildung

Durch die Verabschiedung des strategischen Rahmens für die europäische Zusammenarbeit im Bereich Bildung bis zum Jahr 2020 und der Strategie Europa 2020 sowie eines verlängerten Kopenhagen-Prozesses wurde eine gute Grundlage für die weitere Zusammenarbeit im Bildungsbereich gelegt. Die Ratspräsidentschaft wird diese weiterführen und in diesem Zusammenhang den Schwerpunkt auf die Förderung der Perspektiven von Jugendlichen durch verbesserte Möglichkeiten für Lernmobilität legen. Außerdem wird an

einer besseren Verbindung zwischen Bildung und Arbeitsmöglichkeiten gearbeitet, etwa durch einen Schwerpunkt auf Flexibilität.

Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat mit einer wichtigen Agenda in Form von Verhandlungen über **ein neues EU-Programm für Bildung, Ausbildung und Jugend** konfrontiert. Die Verhandlungen werden vor dem Hintergrund der Verhandlungen über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für den Zeitraum nach 2013 geführt und müssen sich gleichzeitig nach der Strategie Europa 2020 richten. Das Bildungsprogramm der EU legt den Schwerpunkt auf die Mobilität von Studenten, Schülern und Lehrern, die Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen zu gemeinsamen europaweiten Projekten, Bildungsprogramme und -partnerschaften sowie die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen.

Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat den ersten Fortschrittsbericht zum strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET2020) verabschieden. Gleichzeitig müssen Prioritäten für den bevorstehenden Zeitraum 2012-2014 gesetzt werden. In diesem Zusammenhang wird der Schwerpunkt darauf liegen, die Kohärenz zwischen dem strategischen Rahmen für allgemeine und

berufliche Bildung und der Strategie Europa 2020 sicherzustellen.

Die dänische Ratspräsidentschaft wird der Verknüpfung zwischen der allgemeinen und beruflichen **Bildung und der Beschäftigung** Priorität geben. Die Ratspräsidentschaft wird an der Einführung einer Benchmark für Beschäftigungsfähigkeit arbeiten. Ebenso wird sich die Ratspräsidentschaft für die Verabschiedung einer Empfehlung zur Anerkennung des informellen und nicht formalen Lernens einsetzen. Die Einführung dieser beiden Elemente soll die Verbindung zwischen Bildung und Arbeitsmarkt stützen und lebenslanges Lernen und Flexibilität in der allgemeinen und beruflichen Bildung fördern. Geplant ist auch, dass die dänische Ratspräsidentschaft einen Beitrag zum **Kopenhagen-Prozess** leistet, der das gegenseitige Vertrauen und die Basis für Mobilität in Bezug auf Bildungsprogramme und den Arbeitsmarkt durch die Verbesserung der Qualität und Transparenz der beruflichen Bildung in Europa fördern soll.

Die Leitinitiative *Eine Agenda für neue Qualifikationen und Arbeitsplätze* ebnet den Weg für einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema **Erziehung und Ausbildung zum unternehmerischen Denken**. Die dänische Ratspräsidentschaft wird dieses Thema weiterführen, indem sie europäische und nationale Bemühungen zur Förderung von

Kreativität und Unternehmertum auf allen Ebenen der Bildung und Ausbildung fördert.

Jugend

Im Bereich Jugend wird der Rat sich während der dänischen Ratspräsidentschaft unter anderem mit der Frage der aktiven gesellschaftlichen Teilnahme von Jugendlichen beschäftigen. Insbesondere wird die Förderung von Kreativität, Innovation, Leistung und Talent von Jugendlichen als Bestandteil ihres bürgerschaftlichen Engagements und des Übergangs ins Berufsleben hohe Priorität haben. Dies wird insbesondere im Hinblick auf die Wichtigkeit der Verbesserung von Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen angesichts der derzeitigen hohen Arbeitslosenquote von Jugendlichen in Europa von zentraler Bedeutung sein. Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat ein **neues EU-Programm für Bildung, Ausbildung und Jugend** verhandeln. Die Verhandlungen finden vor dem Hintergrund der Verhandlungen über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU und der Strategie Europa 2020 statt.

Kultur

Der Kultursektor in Europa teilt einige gemeinsame Voraussetzungen, Möglichkeiten und Herausforderungen. Die Ratspräsidentschaft möchte die Zusammenarbeit an den strategischen Zielen der europäischen Kulturagenda, einschließlich des

Ziels der Förderung der kulturellen Vielfalt und der Kultur als Katalysator für Kreativität, fortsetzen. Um diese Arbeit fortzuführen wird die Ratspräsidentschaft sich dafür einsetzen, die Rolle und das Potential der Kultur besser sichtbar zu machen – auch in anderen Politikbereichen.

Der Arbeitsplan des Rates im Kulturbereich für 2011-2014 wird den Rahmen für einen Teil der Arbeit des Rates während der dänischen Ratspräsidentschaft vorgeben. Die Ratspräsidentschaft wird den Schwerpunkt insbesondere auf die Kultur in Außenbeziehungen legen. Um diese Arbeit fortzusetzen, ist eines der Ziele der Ratspräsidentschaft die Unterstützung der Ratifizierung und der Nachverfolgung des UNESCO-Übereinkommens zur kulturellen Vielfalt.

Das Kulturprogramm der EU spielt vor allem bei der kulturellen Zusammenarbeit eine zentrale Rolle, beispielsweise für die Förderung grenzüberschreitender Kulturprojekte mit europäischer Dimension. Das Programm unterstützt die Zusammenarbeit und das Wissen in Bezug auf die kulturelle Vielfalt Europas und ist somit für die europäischen Bürger von unmittelbarer Relevanz. Während der dänischen Ratspräsidentschaft wird der Rat sich mit dem Vorschlag der Kommission über ein künftiges Kulturprogramm nach 2013 im Rahmen des Vorschlags für ein Programm Kreatives Europa

beschäftigen, das eine der Prioritäten der Ratspräsidentschaft sein wird.

Ebenso muss der Rat sich mit dem Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger beschäftigen, das bürgerschaftliches Engagement in Europa fördern soll. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich auch dafür einsetzen, das Programm gemäß dem Vorschlag der Kommission zu verlängern.

Audiovisuelle Themen

Im Rahmen der Arbeit zur Förderung der Produktion von europäischen audiovisuellen Inhalten wird der Rat sich mit der nächsten Generation zweier Förderprogramme im audiovisuellen Bereich befassen. Das bestehende MEDIA-Programm legt den Schwerpunkt unter anderem auf kulturelle und sprachliche Vielfalt, die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen audiovisuellen Sektors und die Verbreitung europäischer audiovisueller Produkte, während das MEDIA Mundus-Programm die Zusammenarbeit zwischen der europäischen audiovisuellen Industrie und Produzenten audiovisueller Materialien aus Drittländern fördert. Die dänische Ratspräsidentschaft wird sich aktiv darum bemühen, Impulse für die Erörterung des Rates zum Vorschlag der Kommission über ein **künftiges MEDIA-Programm nach 2013** im Rahmen des Vorschlags für ein Programm Kreatives Europa zu geben, das eine der Prioritäten der Ratspräsidentschaft sein wird.

Darüber hinaus wird der Rat sich mit der laufenden Arbeit an der digitalen Agenda einschließlich der Digitalisierung und der Online-Zugänglichkeit **kulturellen und kreativen Materials und dessen digitaler Bewahrung** beschäftigen.

Sport

Im Bereich Sport wird der Rat daran arbeiten, den Sport in Europa zu fördern und die europäische Dimension im Sport weiterzuentwickeln. Die Ratspräsidentschaft wird sich unter anderem auf das Kapitel des Vorschlags der Kommission zum Sport bezüglich der Einrichtung des Programms Erasmus für alle, auf die Förderung von Fairness und Offenheit bei Sportwettkämpfen durch die Zusammenarbeit von Organisationen und Behörden sowie auf den Schutz der körperlichen und seelischen Unversehrtheit von Sportlerinnen und Sportlern, insbesondere ganz jungen Sportlerinnen und Sportlern, konzentrieren.

Darüber hinaus wird der Schwerpunkt auf Initiativen gelegt, die den Arbeitsplan des Rates vom Mai 2011 zur Weiterentwicklung der europäischen Dimension im Sport umsetzen. In diesem Zusammenhang wird die Ratspräsidentschaft besonders der **Bekämpfung von Doping, Betrug und Spielmanipulation** sowie der Förderung der Beteiligung und des Ehrenamtes im Sport Priorität verleihen.



Ministry of Foreign Affairs
Asiatisk Plads 2
DK - 1448 Copenhagen K
Tel.: +45 3392 0000
www.um.dk



Besuchen Sie die Website
der Präsidentschaft